

**LANDES
INFO**

Mitgliedermagazin
Nr. 1 April 2024

Die Linke

Landesverband
Baden-Württemberg

Schwerpunkt:

Mieten runter!

Volksantrag und Kampagne

S. 12-18

Aus dem Inhalt:

Aus der Partei Seiten 2-5

Inklusion statt Sonderwelten
Seite 4
Neues aus der Landesgeschäftsstelle
Seite 5

Kommunalpolitik Seiten 6-11

Kommunalpolitik – von links!
Seite 6
Linke Kandidaturen und Antritte zur
Kommunalwahl
Seite 7-9
Ostfildern: Einrichtung eines
Inklusionsbeirats
Seite 10
Abrisswahn stoppen
Seite 11

Schwerpunkt Volksantrag: Mieten runter Seiten 12-18

Volksantrag Mieten runter! Jetzt
unterschreiben
Seite 12
In keinem anderen Bundesland fehlen
so viele Sozialwohnungen
Seite 13
Aktion gegen Leerstand in Stuttgart
Seite 14
Unterschriftenformular Volksantrag
Seite 15-18

Klimagerechtigkeit Seiten 19-21

Wir fahren zusammen
Seite 19
Stuttgart 21 Chaos beenden
Seite 20

Klassenpolitik Seiten 21-22

In 4 Schritten zur 4-Tage Woche
Seite 21
Wären die Löhne und
Arbeitsbedingungen gut bräuchte
man keine Streiks
Seite 22

Feminismus Seiten 23-24

„Stellt euch vor Karlsruhe gehört
allen“
Seite 23
Vor 30 Jahren erster Frauenstreiktag
Seite 24

Antidiskriminierung Seiten 25-28

Editorial:

Liebe Genoss:innen,

die ersten Monate des Jahres waren stark von den Protesten gegen die AfD geprägt. Wir waren gemeinsam mit Millionen Menschen in Deutschland auf zahlreichen Demonstrationen gegen Rechts. Wir haben den Protest gegen die AfD mit einer Kritik an den regierenden Parteien verbunden, die mit ihrer Politik den Aufstieg der



AfD ermöglichen und sich von den rassistischen Positionen der AfD treiben lassen. Nun steht die Kommunal- und Europawahl vor der Tür. Wir treten in vielen Gemeinden und Kreisen an. In den Kommunen wird die Politik gemacht, die das Leben der Menschen direkt betrifft. Seit Anfang April sammeln wir Unterschriften für unseren Volksantrag Mieten runter. Bei Infoständen und Haustürgesprächen kommen wir mit den Menschen im Land ins Gespräch und fragen sie, was sie in ihrem Leben umtreibt und welche Erwartungen sie an die Politik haben. Ein Blick nach Österreich zeigt, wie man mit sozialistischer Kommunalpolitik und als glaubwürdige Partei der Mieter:innen Mehrheiten gewinnt. Bei der Gemeinderatswahl in der Stadt Salzburg hat die KPÖ Anfang März unglaubliche 23 Prozent erzielt. Es geht bei den anstehenden Wahlen um vieles. Wir werden rechter Hetze weder in den Kommunen noch in Europa das Feld überlassen. Seit einem halben Jahr dürfen wir viele neue Mitglieder begrüßen. Das ist toll! Der Wahlkampf ist eine gute Gelegenheit aktiv zu werden. Sprich einfach deinen Kreisvorstand an. Lasst uns gemeinsam Salzburger Verhältnisse in ganz Baden-Württemberg möglich machen. In diesem Sinne wünsche ich euch eine gute Lektüre der aktuellen Ausgabe des Landesinfos.

Eure Lisa Neher

Landesgeschäftsführerin Die Linke Baden-Württemberg

Landes-Antidiskriminierungsgesetz
hilft Betroffenen
Seite 25

Konturen eines neuen Sozialismus-
Konzepts
Seite 26

Gemeinsam gegen Rechts
Seite 27

Rechtsruck in Deutschland -
Demokratie in Gefahr?
Seite 28

Impressum:

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint mehrmals im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Einem Teil der Ausgabe liegt die Zeitschrift „links“ bei der LINKEN im Bundestag bei.

Herausgeber, Redaktion und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit, Lisa Neher. (verantwortlich), Sahra Mirow, Elvis Capece, Sander Frank

Internationales Seite 29-30

Deutschland und die EU friedensfähig
machen
Seite 29

Europäische Linke zieht mit Walter
Baier (KPÖ) in den Europawahlkampf
Seite 30

Flyer: Wahlen zum EU-Parlament
Seite 31-32

Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser:innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

Spendenkonto DIE LINKE BaWü
Postbank Stuttgart
BIC: PBNKDEFF
**IBAN: DE58 6001 0070 0289
5827 00**

Bei Spenden bitte
Absendeadresse angeben.

Landesarmutskonferenz der Linken

Der folgende Bericht basiert auf einem längeren Äquivalent von Jan Ohnemus und Christoph Cornides und kann im ganzen auch unter: <https://www.linkekritik.de/fileadmin/pb24-01/15-konferenz-armut-bekaempfen-ohnemus-cornides.html> abgerufen werden.

Zum 2.12.2023 hatte die Linke Baden-Württemberg zu einer Tagung „Gegen Armut und soziale Spaltung“ ins DGB-Haus in Karlsruhe eingeladen und 80 Teilnehmer:innen kamen. Eröffnungsredner:innen waren Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin für Soziales, Kinder und Flucht, sowie Gökyay Akbulut, Bundestagsabgeordnete der Linke aus Mannheim und migrationspolitische Sprecherin. Die Konferenz eröffnete und durch die Konferenz führte Sahra Mirow, Landessprecherin der Linken Baden-Württemberg. An der Konferenz beteiligten sich Vertreter:innen von Sozialverbänden und der Gewerkschaften sowie örtlicher und regionaler sozialer Einrichtungen.

Sahra Mirow eröffnete die Konferenz mit einer grundlegenden Kritik der Regierungspolitik der Ampel. „Die Ampel setzt zum sozialen Kahlschlag an und verschärft damit die soziale Spaltung. Entgegen ihrer Wahlversprechen holt die Ampel zum Rundumschlag auf die soziale Infrastruktur aus: ob bei Gesundheit und Pflege, Demokratieförderung oder Bildung – überall soll in Zukunft gespart werden. Nur für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Profite der Rüstungskonzerne gibt es mehr Geld und einig ist man sich auch bei den Angriffen auf das Asylrecht.“

Es folgte eine Grußwort von Christina Zacharias als Vertreterin des gastgebenden Kreisverbandes bevor Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, online zugeschaltet wurde.

„Mit den seit Herbst 2021 steigenden Lebenshaltungskosten ist es zur schnellen Ausbreitung der Armut in Deutschland gekommen. Insbesondere Menschen, die von Grundsicherung leben müssen – und das sind aktuell rund sieben Millionen – wissen weder ein noch aus, wie Beratungsstellen oder Tafeln berichten. Und nicht nur sie. Hinzu kommen jene 7,5 Millionen, die unter der Armutsschwelle liegen, aber so knapp über Grundsicherungsniveau, dass sie keinen Anspruch auf diese Leistung haben und ebenfalls nicht wissen, wie sie finanziell das Ende des Monats erreichen sollen. Zwei Millionen Menschen, die ihre Lebensmittel regelmäßig über Tafel-Spenden besorgen, sprechen für sich.“

Kritik übte Schneider vor allem an den sogenannten Entlastungspaketen der Bundesregierung, denn von diesen flossen nur 2 der 29 Milliarden Euro an einkommensschwache Haushalte.

Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremischen Bürgerschaft, folgte auf Schneider und beschäftigte sich mit den Gestaltungsmöglichkeiten der Linken angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bund:

„Es macht einen Unterschied, wer regiert. Mit dem richtigen politischen Willen können wir in den Städten und Kommunen einiges tun, um die ungerechte Politik auf Bundesebene abzufedern und zu mildern. Wir können Weichen für mehr Bildungsgerechtigkeit stellen, den kommunalen Wohnungsbau vorantreiben, die Kitabetreuung verbessern, Regelungen zur Tarifreue erlassen und landesweite Mindestlöhne vorschreiben. Letztlich hängen diese Maßnahmen jedoch an der Finanzierung und

sind damit Verteilungskämpfe, die auch auf Bundesebene geführt werden.“

Leonidakis gab an vielen praktischen Beispielen der Politik der Linken in der Bremer Landesregierung Anregung auch für praktische linke Kommunalpolitik, die zwei Grundsätzen folgen sollte: der „aufsuchenden Sozialpolitik“, wie sei die linke Bremer Sozialsenatorin während der Pandemie praktiziert hatte (Impfkampagne) und der sozial orientierten unterstützenden Stadtteilpolitik (relativ mehr Hilfe dort, wo mehr Hilfe gebraucht wird).

Den Abschluss vor den Workshops bildete Gökyay Akbulut, Mannheimer Bundestagsabgeordnete der Linken. „Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Und während die Reichsten immer reicher werden, zahlen die Armen die Zeche für die Krisen unserer Zeit: Covid-19 Pandemie, Krieg in Europa, Klimakrise, hohe Inflation, Rezession – statt die Vermögenssteuer wieder einzuführen, eine dauerhafte und wirksame Übergewinnsteuer zu schaffen, extrem hohe Einkommen und Erbschaften stärker zu besteuern, Finanzkriminalität umfassend zu ahnden oder klimaschädliche Subventionen abzuschaffen, reicht die Regierung die Rechnung an diejenigen weiter, bei denen nichts mehr zu holen ist. Umso wichtiger ist unser Widerstand gegen all diese Missstände. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Antirassistischen Bündnissen werden wir gegen die Spaltung unserer Gesellschaft kämpfen.“

In 3 Workshops beschäftigten sich die Anwesenden mit politischer Armutsbekämpfung auf lokaler und Landesebene, einer Transformation der Wirtschaft gemeinsam mit den Gewerkschaften und der besonders prekären Situation von Alleinerziehenden in Armut.

Zum Abschluss erklärte die Konferenz ausdrücklich ihre Unterstützung für verschiedene Protestinitiativen der Sozialverbände und begrüßt die gemeinsame Erklärung von AWO, DGB, Paritätischem Paritätischen Wohlfahrtsverbands, BUND, Deutscher Kulturrat e. V., Deutscher Mieterbund e. V. und anderen Verbänden und Institutionen. Darin heißt es:

„Der vom Kabinett beschlossene Haushalt für das kommende Jahr geht mit drastischen sozialen Kürzungen – von Hilfen für Arbeitslose über die Kinder- und Jugendhilfe bis zur Unterstützung Geflüchteter – mit Streichungen beim Umweltschutz sowie der Verweigerung erforderlicher Zukunftsinvestitionen einher. Mit diesem Kurs gefährdet die Bundesregierung den Erfolg der sozial-ökologischen Transformation.“



Inklusion statt Sonderwelten

Bericht von der ersten Landesinklusionskonferenz am 17.02.2023 in Stuttgart

von Lisa Neher

Inklusion statt Sonderwelten – unter diesem Motto stand die erste Landesinklusionskonferenz in Stuttgart. Der Tag machte deutlich, dass wir noch einen weiten Weg gehen müssen, bis Menschen mit Behinderung in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben führen und Inklusion gelebte Wirklichkeit ist. Die „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft“ – wie sie die UN Behindertenrechtskonvention einfordert – wird in Deutschland durch zahlreiche Sonderwelten verhindert. Menschen mit und Menschen ohne Behinderung leben in viel zu vielen gesellschaftlichen Bereichen noch in unterschiedlichen Welten. Das beginnt bei der Bildung, geht im Arbeitsleben weiter und reicht bis in die Wohnsituation und Mobilität. Die Konferenz hat ein Bewusstsein dafür geschaffen, wo überall Barrieren aufgebaut werden und Sonderwelten Inklusion verhindern.

Den politischen Auftakt im gut besuchten Kultur- und Bürgerhaus in Stuttgart-Feuerbach machte Parteivorsitzender Martin Schirdewan. Er stellte mit Blick auf die europäische Ebene dar, wie notwendig eine linke Inklusionspolitik angesichts von Sparpolitik und europaweitem Rechtsruck ist. Wie sehr Menschen mit Behinderung noch heute aus der Politik ausgeschlossen werden und wie schwierig es daher für sie ist, ihre Rechte einzufordern, verdeutlichte er an einem prägnanten Beispiel: Gebärdensprachen sind keine offiziellen EU-Sprachen. Es ist daher nicht möglich eine Rede im Europäischen Parlament auf Gebärdensprache zu halten – und simultane Übersetzungen der Reden in Gebärdensprache sind ebenfalls keine Selbstverständlichkeit.

Über Barrieren in der Verkehrs- und Stadtplanung, im Bildungssystem und der Arbeitswelt diskutierten Luigi Pantisano, Manja Reinholdt und Utz Mörbe auf einem von Claudia Haydt moderierten Podium. An der anschließenden Diskussion beteiligte sich das Publikum rege und viele Betroffene teilten ihre eigenen Erfahrungen. Dabei formulierte der Historiker Florian Grams, der am Nachmittag einen Vortrag und Workshop zur Geschichte der Behindertenbewegung hielt, einen eindringlichen Appell: Lasst uns nicht diskutieren, ob Inklusion möglich ist, sondern wie sie möglich ist.

In einer Gesellschaft, die vom kapitalistischen Leistungsdruck getrieben ist, scheint Inklusion häufig unmöglich: zu kompliziert, zu teuer. Doch linke Politik weist genau darüber hinaus. Inklusion ist die Voraussetzung dafür, dass die grundlegenden Menschenrechte aller Menschen eingelöst werden. Und demnach gilt auch hier: Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche. Indem wir uns über

Gründung der LAG Senior*innen

Von Andreas Reich, Rentner aus St. Georgen, KV Schwarzwald Baar Heuberg

Senior*innen sind Menschen mit großer Lebenserfahrung, mit Wissen und sozialer Kompetenz. Darauf kann und darf die Gesellschaft nicht verzichten. Deshalb geht es darum, wie dieses Potential nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess wirksam bleiben kann. Dieses Problem ist besonders dringlich, weil einerseits die Zahl

SAVE THE DATE:

GEWERKSCHAFTS-RATSCHLAG 2024

Tarifbindung & gute Arbeit in der Kommune stärken

Sa., 11. Mai 2024
10 – 17 Uhr
DGB-Haus Karlsruhe

U.a. mit: Prof. Wolfgang Däubler (Arbeitsrechtler), Sahra Mirow (LINKE-Landessprecherin), Falko Blumenthal (IG Metall), Elvis Capece (Geschäftsführer NGG Mittelbaden-Nord-schwarzwald)

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
BADEN-WÜRTTEMBERG

Straik im öffentlichen Dienst im Februar 2023 in Stuttgart
Bild: ver.di Bezirk Stuttgart

die Barrieren und Sonderwelten in unserer Gesellschaft klar werden und diese abbauen, müssen wir auch darüber nachdenken, was eigentlich in unserer Gesellschaft normal ist – und wie sehr diese Normalität von Kapitalinteressen geprägt ist, anstatt unseren Bedürfnissen zu entsprechen.

In den Workshops am Nachmittag wurden diese Themen vertieft. In einem Workshop der Werkstatträte Baden-Württemberg wurde intensiv über die Realität und Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen diskutiert. Ein eklatantes Beispiel von Ungleichbehandlung in Deutschland: Der durchschnittliche Lohn beträgt dort aktuell gerade mal 1,46 Euro. Die Beschäftigten sind damit auf Bürgergeld und Sozialleistungen angewiesen. Sie fordern daher ein neues Entgeltsystem und eine Gleichstellung als Arbeitnehmer:innen. Ihre Forderungen finden sich auf: www.wr-ba-wue.de.

Utz Mörbe, Landesinklusionsbeauftragte, organisierte diese erste Landesinklusionskonferenz. Musikalisch wurde die Konferenz von Tanja Hilton und Christian Straube begleitet.

der älteren Menschen schnell wächst, andererseits die Gesellschaft deren Kompetenz immer stärker braucht. Wir Senior*innen müssen für unsere Forderungen selbst Eintreten und dafür kämpfen. Niemand kann uns diese Arbeit abnehmen. Wir müssen uns um uns selbst kümmern, müssen Einfluss auf Kampagnen, auf Inhalte und Beschlüsse unserer Landespartei nehmen, um zu überprüfen ob auch die Interessen der Senior*Innen vertreten sind.

In Absprache mit unseren Landessprecher*innen rufe ich deshalb dazu auf, in einer LAG Senior*innen mit zu arbeiten. Schön wäre es, wenn auch aus den ländlichen Kreisverbänden Senior*innen dabei sind. Politik findet nicht nur in den Städten statt; in den ländlichen Kreisen sind die Probleme für Senior*innen oft größer als in den Städten. Ob ÖPNV, medizinisch Versorgung oder Einkaufsmöglichkeiten sind, in den ländlichen Kreisen sind die Menschen benachteiligt.

Werbt in Euren Kreisverbänden, damit mindestens ein*e Senior*in von Euch dabei ist.

Interessierte melden sich an folgende E-Mail Adresse:

info@die-linke-bw.de oder an mich privat: reich-remscheid@t-online.de.

Für Nachfragen stehe ich unter meiner privaten E-Mail jederzeit zur Verfügung.

Seniorenpolitische Schwerpunkte der Bundesarbeitsgemeinschaft:

Wir engagieren uns für eine Seniorenpolitik, die den Menschen nach der Erwerbstätigkeit, ein selbstbe-

stimmtes Leben in Würde ermöglicht. Die destruktiven Angebote der Regierungsparteien zur Bewältigung der demographischen Veränderungen in der Gesellschaft führen, entgegen allen Sonntagsreden, zum Absinken des Lebensniveaus im Alter, bedrohen Millionen Menschen mit Altersarmut und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationenzusammenhalt. Diese Tendenz muss gestoppt werden. Reparaturen an der regierungsamtlichen Altenpolitik reichen nicht mehr aus. Notwendig ist eine neue Kultur des Alters und des Alterns. Dafür muss sich DIE LINKE stark machen. In den „Seniorenpolitischen Standpunkten“ haben wir unsere Vorschläge unterbreitet. Alle Seniorenarbeitsgemeinschaften der LINKEN sind aufgerufen, bei den Vorständen und Mandatsträgern unserer Partei in diesem Sinne für konkrete politische Aktivitäten zu werben, eigene Maßnahmen zu ihrer Unterstützung zu entwickeln und die Mitglieder der BAG für die Mitarbeit in anderen Seniorenzusammenschlüssen und in Seniorenvertretungen zu gewinnen.

Landesgeschäftsstelle: neue Pressesprecherin

Hallo, mein Name ist Zenobya Mubarak, ich bin 30 Jahre alt und seit Mitte Februar arbeite ich als Referentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart.

Ihr könnt mich unter folgender E-Mail-Adresse erreichen: zenobya.mubarak@die-linke-bw.de oder telefonisch unter 0175 9274163.

Nach meinem Studium habe ich mich erst bei der Partei „Die Grünen“ engagiert. Jedoch habe ich mich von ihnen abgewendet, als sie zunehmend ihre Grundwerte verrieten, insbesondere durch ihre Zustimmung zu einer menschenverachtenden Asylreform.

Ich freue mich darauf, meine Zeit einer Partei zu widmen, die gemeinsam mit klugen Köpfen arbeitet und bei der die Karriere nicht im Vordergrund steht. Eine Partei, die sich für Menschen einsetzt, die keine Lobby haben.

Links sein bedeutet für mich, an der Idee von einer gerechten Welt, in der es jedem Menschen gut geht und die gesellschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht, festzuhalten.

Mein Antrieb beruht auf den Erfahrungen aus meinem Berufsalltag im Sudan. Migration ist nicht das Problem. Die wahren Herausforderungen sind globale Ungleichheiten, Kapitalismus, die Klimakrise und Rüstungsexporte.



Neues aus der Landesgeschäftsstelle

Seit Anfang des Jahres leitet Lisa Neher die Landesgeschäftsstelle. Lisa war zuvor seit Juni 2020 Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbands: Nach dem Studium der Philosophie, Kunstgeschichte und Politischen Theorie habe ich an verschiedenen Hochschulen gearbeitet und war Dozentin für Studierende der Sozialen Arbeit. Politisch haben mich die Proteste gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm und die Studiproteste gegen die Einführung der Studiengebühren geprägt. 2016 bin ich nach dem Erstarken der AfD in Die Linke eingetreten, da mir klar wurde, dass wir uns als politische Linke in Deutschland besser organisieren müssen. Den Landesverband Baden-Württemberg habe ich seit 2019 als erste Landesfrauenbeauftragte kennengelernt. Die nächsten zwei Jahre werden zentral für Die Linke: Nach der Europa- und Kommunalwahl im Juni stehen wir vor wichtigen Landtagswahlen im Osten, 2025 ist Bundestagswahl und 2026 Landtagswahl in Baden-Württemberg. Unser Ziel ist es 2026 in den Landtag einzuziehen. Wir in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart unterstützen den Landesvorstand dabei, dass wir als Linke wieder eine starke Kraft werden. In der Landesgeschäftsstelle sind wir ein kleines Team: Dagmar Uhlig ist zuständig für Buchhaltung und Finanzen – und vieles mehr. André Hettrich kümmert sich um alles rund um die Mitgliederverwaltung und kennt den Landesverband so gut wie kaum ein anderer. Zenobya Mubarak ist neu im Team und macht alles rund um Presse, Social Media und Öffentlichkeitsarbeit. Florian Vollert unterstützt den Landesverband seit Februar bei Wahlkampfveranstaltungen und dem Volksantrag aus Heilbronn und Ellen Müller sorgt dafür, dass wir in Stuttgart ein sauberes Büro haben. Wir unterstützen den Landesvorstand bei allen administrativen und organisatorischen Tätigkeiten und sind die ersten Anlaufstelle bei Fragen unserer Mitglieder.

Kommunalpolitik – von links!

Von Sahra Mirow, Landessprecherin DIE LINKE Baden-Württemberg

Gesellschaftsänderung beginnt vor Ort. Hier erleben die Menschen, ob sie bei politischen Entscheidungen mitreden können, ob ihre Stimme nicht nur angehört, sondern auch erhört wird. Hier entscheidet sich, ob es genug bezahlbaren Wohnraum gibt, ob die Kita-Gebühren finanzierbar sind, oder ob ein Elternteil – meist Frauen – in Teilzeit gehen muss. In den Kommunen werden die Weichen gestellt für Demokratie und Mitbestimmung, für soziale Sicherheit und auch für Fragen der Geschlechtergerechtigkeit – um nur einige Beispiele zu nennen.

Kommunalpolitik ist dichter an den Menschen dran, als jede andere Ebene der Politik. Politik und Parteien werden hier erlebbar und greifbar. Wenn die Kommunen aber der Ort der Gesellschaftsveränderung sind, dann müssen sie auch zwangsläufig Aktionsfläche linker Politik sein. Wie also bauen wir unsere Präsenz aus, was sind Erfolge linker Kommunalpolitik und wie nutzen wir unsere Möglichkeiten vor Ort am besten?

Als Linke Baden-Württemberg sind wir derzeit in vielen Kommunen und den meisten Landkreisen kommunal vertreten. Das gilt es bei der kommenden Kommunalwahl am 9. Juni auszubauen. Neue Antritte beispielsweise in Eppelheim, Reilingen und Dossenheim sind ein Schritt in die richtige Richtung. Denn wo immer wir antreten bei der Kommunalwahl, kommen wir auch rein. Selbst mit wenigen Mandaten oder gar mit Einzelkämpfer:innen in den kommunalen Parlamenten kann vieles erreicht werden.

Die erfolgreichen Initiativen für ein Sozialticket hätten ohne unsere kommunalen Mandatsträger:innen zum Beispiel nicht stattgefunden. Wann immer es um bezahlbaren Wohnraum, Nothilfefonds bei Energieschulden, die Stärkung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen oder um Sichere Häfen in Baden-Württemberg für Geflüchtete geht, da stehen sie im Mittelpunkt der Diskussion. Es braucht eine starke linke Präsenz in den Kommunen, um Stadt und Land sozialer,

ökologischer und gleichberechtigter für alle zu gestalten.

Wir wehren uns mit den Beschäftigten gegen Tarifflicht, auch wenn diese seitens der Städte passiert. Wir fragen nach den Kriterien, nach denen öffentliche Aufträge vergeben werden. Werden soziale und ökologische Belange berücksichtigt, arbeiten die Unternehmen mit Tarifvertrag? Werden auch kleinere, alternative Kulturprojekte und Jugendkultur gefördert? Wie steht es um die Kitas, gibt es genug Personal und wann werden endlich die Kita-Gebühren abgeschafft? Alle diese Fragen stellen wir vor Ort.

Wir möchten unseren kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern deswegen an dieser Stelle ein großes Dankeschön aussprechen. Danke für eure großartige Arbeit, mit der ihr jeden Tag linke Politik sichtbar macht!

Bei all unseren kommunalpolitischen Aktionen arbeiten wir stets eng mit den sozialen Bewegungen vor Ort, mit Mieter:innen-Initiativen, Gewerkschaften und mit den Trägern zusammen. Linke Kommunalpolitik trägt den Protest von der Straße in die Parlamente und ist immer auch Bündnispolitik. Wir wollen unsere Präsenz in den Kommunen ausbauen, mit unseren kommunalen Mandatsträger:innen und den vielen neuen Mitgliedern, die wir gewinnen konnten seit letztem Herbst. In diesen Kommunalwahlkampf starten wir daher mit einem Knall.

Mit unserem Volksantrag „Mieten Runter“ setzen wir ein lautes und klares Zeichen für eine soziale Wohnungspolitik. Wir verknüpfen die Unterschriftensammlung mit unseren Wahlkampfaktivitäten und bringen dieses zentrale Thema der sozialen Sicherheit damit in die Wahlkämpfe vor Ort ein. Gleichzeitig machen wir Druck auf die Landesregierung, so dass diese endlich effektive Maßnahmen beschließt, damit die Mieten wieder sinken.

Wir freuen uns auf diesen spannenden Wahlkampf mit euch. Bei der Kommunalwahl geht es um viel. Es geht darum, eine Welt zu gewinnen. Schließlich beginnt jede Gesellschaftsveränderung im vermeintlich Kleinen, nämlich vor Ort

„Mannheim gestalten mit Links!“ - Auftaktveranstaltung zu Kommunalwahlkampf und zum Kommunalwahlprogramm

Erfolgreiche Tagung der Linken Mannheim zu den Kommunalwahlen 2024 mit 55 Teilnehmenden am 10. Februar:

„Mannheim gestalten mit Links“. Mit Top Referent*innen aus der Region und Lorenz Gösta Beutin, stv. Parteivorsitzender der Linken, online aus Kiel. Inputbeiträge aus Mannheim und der Region von Dennis Ulas, Die Linke / LI.PAR.Tie. im Gemeinderat.

Außerdem, Teil der Veranstaltung waren:

• Joachim Langer, Werkstatt Ökonomie (WÖK) e.V., Berater für sozial-ökologi-



• Ricarda Kaiser, stv. Landesvorsitzende GEW Baden-Württemberg • Bettina Kornmayer, QuadRA-

Dentscheid • Mannheim MOFA - Mannheims Ort für Architektur • Thomas Trüper, Alt-Stadtrat Die Linke, Mannheim • Gökay Akbulut, MdB Die Linke Mannheim. Nach einer Mittagspause gab es zusätzliche Workshops zu Politik und Wahlprogramm in Mannheim zu Wohnen, Bildung, Mobilität, Klima/

Stadtentwicklung mit den Referent*innen.

Wir sind keine Statisten

Gerlinde Strasdeit, Stadträtin Tübingen, Auszug aus der Mittwochspalte im Schwäbischen Tagblatt vom 7. März

Bei Kitas und Schulen hakt es. Die Reduzierungen bei den Kitaöffnungszeiten müssen wieder weg, was heißt: mehr Erzieher ausbilden. Übermorgen ist Frauentag, da reden alle davon, dass Familie und Beruf vereinbar sein müssen. Dafür braucht es aber mehr und nicht weniger Ganztagesangebote. Der Neubau der Köstlin-Grundschule, kom-

biniert mit dem Umbau der Musikschule, ist ein teures, aber notwendiges Projekt. Die Baumaßnahmen haben begonnen. Ich verstehe nicht, warum die integriert geplante Gymnastikhalle jetzt plötzlich aus der Verwaltung torpediert wird. Sollen Kinder einer zweizügigen Grundschule mit Ganztagskonzept ohne Sportunterricht auskommen und das in einem Schulbezirk, der wächst? Der Gemeinderat sollte an der beschlossenen Sporthalle festhalten.

Wir sind keine Statisten, sondern Entscheidungsorgan der kommunalen Selbstverwaltung.

So hat der Gemeinderat es letztes Jahr auch abgelehnt, das Straßenschild der sozialistischen Frauenrechtlerin Clara Zetkin mit einem Knotensymbol zu versehen und sie so auf eine Stufe zu stellen mit Naziverbrechern. Dafür

„Karlsruhe mit Links“ - Auftakt mit Janine Wissler

Im mit 100 Besucher:innen vollem Zieglersaal fand der Frühjahrsempfang mit unserer Parteivorsitzenden Janine Wissler in Karlsruhe statt.

Zu Beginn stellten sich unsere fünf Spitzenkandidatinnen zur Kommunalwahl vor: Franziska Buresch und Christina Zacharias sprachen über unser Ziel einer solidarischen und sozialen Stadt, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht Profitinteressen. Michel Brandt moderierte eine Interviewrunde mit Anne Berg-hoff, Tanja Kaufmann und Serena Schmidt, in der das Motto „Karlsruhe mit Links“ deutlich wurde.

Janine Wissler spannte in ihrer Rede den Bogen zur Bundes- und Europapolitik. Sie machte deutlich, warum es Die Linke braucht, besonders in Zeiten, in den die Bundesregierung einen Kürzungshaushalt nach dem anderen auflegt und der Erstarkung der Rechten. „Die Ampel will sklavisch die Schuldenbremse einhalten. Das ist verheerend. Die bröckelnden Brücken,

wurde beschlossen, bei der Bismarckstraße einen Hinweis anzubringen, der die Schandtaten des „eisernen“ Reichskanzlers nicht verschweigt: Demokratiefeindlichkeit, Militarismus, koloniale Ausbeutung, Rassismus und Antisemitismus. Das Kulturamt hat den Ratsbeschluss bislang noch nicht umgesetzt.

die gesperrt werden, der Bahnausbau, der nicht vorankommt, die maroden Schulen, Krankenhäuser. Statt in die Zukunft zu investieren, kürzt man bei den Investitionen. Und wenn man dann mehr Geld in die Bundeswehr steckt,

kommt das Soziale unter Druck.“ Zukunftsinvestitionen sind Geld in Bildung, Schulen, Lehrkräfte. Dafür wäre ein Sondervermögen nötig. Der Reichtum ist ungerecht verteilt. Statt Empfänger von Bürgergeld oder Flüchtlinge zu sanktionieren und die Gesellschaft zu spalten, sollte sich die Regierung um die teuersten Flüchtlinge kümmern, die Steuerflüchtlinge. Wissler sprach sich auch für eine Umkehr in der Außenpolitik von Baerbock aus. Anstatt mit Waffen die Kriege anzuzetteln, müssen Anstrengungen für

sofortige Waffenstillstände und Friedensverhandlungen im Ukrainekrieg und für Gaza unternommen werden. Die Veranstaltung klang mit einem Sektempfang und Diskussionen in lockerer Atmosphäre aus.



Linke Kandidat:innen und Antritte zur Kommunalwahl

Wir wollen an dieser Stelle ein paar wenige Genoss:innen und Listenantritte vorstellen die für uns bei den kommenden Kommunalwahlen antreten werden. Dabei wollten wir vor allem auch Genoss:innen außerhalb der größten Kreisverbände abbilden. Ihr findet außerdem die Motive unserer Kommunalwahlplakate.

Maria Haido - ein Gewinn für die Heilbronner Linke

Die Gewerkschafterin Maria Haido ist eine engagierte Frau. Seit 2017 ist die zweifache Mutter im Betriebsrat eines Textilbetriebs in Heilbronn aktiv und mittlerweile auch die Vorsitzende des Gremiums. Da sie aber die politischen Grenzen der betrieblichen Arbeit zu oft spürte, entschied sie sich auch in der Politik aktiv zu werden. Als Gewerkschafterin war da natürlich Die Linke die erste Anlaufstelle. Dort wurde sie in den Kreisvorstand gewählt und nun auf Platz 2 der Heilbronner Gemeinderatsliste.

Geboren ist Maria in der Türkei und sie kam 1988 mit ihrer Familie nach Deutschland und erhielt hier Asyl. Als Aramäer*Innen war die Familie in der Türkei Verfolgung ausgesetzt. Schlussendlich landeten sie in Heilbronn. Seit ihrer Jugend ist sie hier in Schulen und Vereinen aktiv. Heute etwa im Elternbeirat der Grundschule ihres Sohnes.

In der ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit ist auf Maria zu zählen. Sie verhandelt aktuell in der Großen Tarifkommission und Verhandlungskommission seit Monaten um einen Tarif im Einzelhandel. Im Betrieb hat sie gemeinsam mit der Bundestarifkommission einen Digitalisierungstarifvertrag erarbeitet und auch abgeschlossen. Zwei Tage in der Woche ist sie aber auch noch als Verkäuferin im Unternehmen tätig und kennt so die Sorgen und Nöte der Kolleg*Innen ganz genau. Für die Heilbronner Linke ist Maria ein Gewinn, die Verbindung zu den Gewerkschaften ist wichtig und vielleicht wird sie demnächst auch eine Streiterin für soziale Gerechtigkeit im neu gewählten Gemeinderat.



Marius Kieninger, Bodenseekreis „Meine Behinderung trägt dazu bei, wie ich denke.“

Mein Name ist Marius Andrei Ernst Kieninger, ich bin 26 Jahre alt, habe eine Schwerbehinderung (SMA) und mache aktuell meinen Master an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen.

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass es keine Gleichwertigkeit zwischen links/progressiv und rechts/konservativ gibt. Natürlich hat beides die gleiche Daseinsberechtigung im Sinne einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Aber davon ist nicht abzuleiten, dass das eine genauso richtig ist wie das andere. Eine Politik, die Ungerechtigkeiten aufzuheben versucht, die die Schwächeren stärken will und die sich bedingungslos gegen Ausgrenzungen und Feindseligkeiten stellt, ist das, wofür ich stehe. Zu erklären, warum ich so denke, wie ich denke und wodurch meine politische Weltanschauung entstanden ist, dafür ist an dieser Stelle kein Platz – und vermutlich würde es mir ohnehin nicht gelingen. Dennoch möchte ich in diesem Zusammenhang eine These aufstellen: meine Behinderung und alles was mit ihr in Verbindung steht, durch sie anders verlief, erschwert wurde aber eben auch ermöglicht wurde, trug und trägt maßgeblich dazu bei wie ich denke und was ich erkenne. Menschen mit Behinderung sind geradezu prädestiniert von anderen beurteilt zu werden – ganz unabhängig davon, was der Inhalt

solcher Urteile ist. Diese Erfahrung kann korrumpieren, entmutigen und wütend machen. Sie kann aber auch das Gegenteil. Denn sie zwingt einem dagegen anzukämpfen und zeigt, dass diese Kämpfe manchmal gewonnen werden können.

Mit meiner Kandidatur möchte ich erstens einen solcher Kämpfe austragen. Konkret: ich möchte das Urteil der PolitikerInnen, dass Chancengleichheit, Barrierefreiheit, Diversität und Inklusion schön und nett ist geraderücken. Es ist eben nicht nur schön und nett, sondern für den Menschen und den Sozialstaat essenziell. Zweitens möchte ich anderen Menschen mit Behinderung dazu ermutigen, das Zepter selbst in die Hand zu nehmen – auf welcher Ebene und in welchem Ausmaß auch immer.

Abschließend möchte ich noch etwas beichten: Ich bin Parteimitglied der Grünen. Meine Motivation, trotzdem für die Linke zu kandidieren, entstand aus der misslichen Lage, in der sich die Partei befindet. Würden ich und andere nicht kandidieren, würde die Linke nicht antreten können. Ein Gemeinderat, der die Linke verliert, verliert Verbündete aller progressiven und nach Gerechtigkeit strebenden Menschen. Ich möchte nicht, dass mein Gemeinderat auf das Engagement dieser PolitikerInnen verzichten muss.

Jan Weber, Kreisverband Bodensee „Wir haben permanent zu wenig Pfleger:innen“

Ich bin 56 Jahre alt und von Beruf Musiker, kann aber wegen einer schweren Krankheit nur noch bedingt arbeiten. Seit 12 Jahren habe ich ALS und bin deshalb 2013 mit meiner Frau nach Salem am Bodensee gezogen, aus der Großstadt ins Grüne. Mit meinen Augen kann ich einen speziellen Computer bedienen, und auch diesen Text habe ich mit den Augen geschrieben und so kann ich auch noch komponieren.

2012 habe ich meinen Bachelor im Studiengang „Nachwachsende Rohstoffe und Bioenergie“ an der Universität Hohenheim gemacht, danach ein Praktikum beim Bundesamt für Naturschutz in Leipzig. Ökolandbau ist eines meiner Lieblingsthemen, wir haben zu viel intensive Landwirtschaft am Bodensee, zum Schaden für Boden,

Grundwasser und Artenvielfalt. Letzten Dezember bin ich Mitglied der Linken geworden, weil das schon lange die einzige Partei ist, die sich ernsthaft für soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz einsetzt. Wir brauchen diese Opposition im Bundestag, aber auch die Arbeit vor Ort. Deshalb habe ich mich entschlossen, für die Kommunalwahl im Bodenseekreis zu kandidieren, auch um die Chancen der Liste zu erhöhen. Durch meine Erkrankung habe ich immer wieder mit dem Gesundheitswesen zu tun, wo auch sehr viel im Argen liegt. Sparen richtet sich immer gegen Menschen. Wir haben permanent zu wenige Pfleger*innen. Grundversorgung gehört sowieso in die öffentliche Hand. Dafür steht Die Linke.

Wohnen für alle.
Sozial & barrierefrei.

Mieten runter.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Gute Pflege.
Gute Erreichbarkeit.

Kliniken erhalten.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Kein Auftrag
ohne Tarifvertrag.
Gute Arbeit
und höhere
Löhne.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Rhein-Neckar-Kreis

Im Rhein-Neckar-Kreis treten wir als Die Linke in drei neuen Gemeinden zur Kommunalwahl an! In Reilingen (8000 Einwohner), Dossenheim (12000 Einwohner) und Eppelheim (15000 Einwohner). Besonders in Dossenheim erwarten wir ein starkes Ergebnis, denn die Liste zur Gemein-

deratswahl ist voll besetzt und der Zulauf an Aktiven enorm! Insgesamt wird Die Linke damit in 5 Gemeinden und Städten im Rhein-Neckar-Kreis auf dem Wahlzettel stehen, denn in Weinheim und Neckargemünd sind wir bereits im Gemeinderat vertreten und treten erneut an.

Linke Liste für Weinsberg

Am 9. Juni sind Gemeinderatswahlen und Die Linke in Weinsberg hat ihre Liste gewählt. Mit Juliana Frisch und Florian Vollert sind die beiden GemeinderätInnen der Linken wieder mit dabei. Bei der Nominierungsversammlung wurden ebenfalls Alexandra Dautel, Sozialwirtin und Mitglied im Landesausschuss der Linken Baden-Württemberg, Michael Sabasch, Andrea Schmidt und Sascha Zickler gewählt.

Schwerpunkte sollen der Bildungsbereich mit Kita und Schulen und

der soziale Wohnungsbau sein. Bei beidem gab es die letzten 5 Jahre durchaus Fortschritte. Ein Notfalltopf für SeniorInnen und eine Radstraße durch die Stadt waren erfolgreiche Anträge, deren Umsetzung aber noch auf sich warten lassen. Deshalb wollen sich die Linken im Weinsberger Gemeinderat weiterhin für soziale Gerechtigkeit einsetzen. So steht eine einkommensgestaffelte Kindergartengebühr weiter auf dem Programm der Linken.

Reutlingen: Linke tritt wieder an

Von Rüdiger Weckmann

Nach einem bewegten Jahr für die Linke Reutlingen gelang es, komplette Listen für den Gemeinderat und den Kreistag aufzustellen.

Stadtrat Rüdiger Weckmann, der erneut an erster Stelle zum Gemeinderat kandidiert, spricht von einer Aufbruchstimmung und von einem wachsenden Zuspruch jüngerer Menschen. Er selbst will weiter im Gemeinderat mit einer Mischung aus konsequenter Positionierung für soziale und ökologische Belange und Kompromissbereitschaft, um weitere Erfolge kämpfen. Als größten Erfolg der Linken Liste sieht er in der Neuausrichtung der GWG, die künftig 70% Sozialwohnungen bauen soll.

Timo Widmaier, Projekt Kollektives Eigenheim K39, kandidiert dieses Mal mit Ambitionen auf ein Mandat auf einem vorderen Platz: „Ich kann auf langjährige Erfahrungen mit der Stadtverwaltung zurückschauen, als Mitarbeiter der Zelle und im Projekt Eigenheim K39“.

Ein neues Gesicht auf der Liste ist Erika Filp. Sie kam über ihr Engagement gegen Kinderarmut zur Linken. Zu solchen und anderen sozialen Problemen will sie im Gemeinderat Lösungen vorantreiben.

Auch Helga Fischer wird wieder kandidieren und möchte als aktive Gewerkschafterin die Belange der Arbeiter*innen insbesondere über die öffentliche Auftragsvergabe vertreten. „Gemeinden können

sich schlechte Arbeitsbedingungen und schlechte Löhne einfach nicht leisten.“

An der Spitze der Kreistagsliste steht Manfred König, der als langjähriger Geschäftsführer der Beschäftigungsgesellschaft Pro Labore bekannt ist und der sich im Ruhestand im Trägerverein des S-Hauses und in der Kirchengemeinde Hobbuch engagiert.

Die Verdienste des langjährigen Spitzenkandidaten Thomas Ziegler wurden auf der Versammlung gewürdigt. Er tritt aus persönlichen Gründen nicht mehr an.

„DIE LINKE und die Linke Liste verstehen sich als Stimme derjenigen, die in dieser Gesellschaft zu kurz kommen“, betonte Rüdiger Weckmann in seiner Rede in der Nominierungsversammlung. Dies gelte nicht nur für Menschen mit geringen Einkommen, sondern auch für die Kommunen, die kaputt gespart wurden, obwohl der ungeheure Reichtum der oberen 1% selbst in der Krise wächst und zu wenig besteuert werde. Die Linke sei die einzige kommunalpolitische Kraft, die immer wieder darauf hinweist, dass die aktuelle Mangelverwaltung nicht notwendig wäre, wenn man die Kommunen finanziell besser ausstatten würde. Dazu müsste man eben mit den Einnahmen einer Vermögens- und Reichtumssteuer, sowie einer Steuererhöhung auf große Erbschaften arbeiten und das Steuersystem anpassen.

Vorfahrt für Klimaschutz und gute Arbeit.

Bus & Bahn zum Nulltarif.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Personalnot und Kitastrophe beenden.

Mehr Geld für Bildung.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Kein Mensch ist illegal.

Menschenrechte verteidigen. Immer.

Die Linke

#nurmitlinks

www.die-linke-bw.de

Ortsverband HoRAN im Wandel: selbstbewusst zur Kommunalwahl

Nach Austritten, Kontroversen, Unsicherheiten und Schwierigkeiten darf unsere Partei endlich wieder selbstbewusst in die Zukunft blicken. Dies trifft nicht nur auf die Landes- oder Bundesebene zu, sondern vielerorts auch auf die kleineren Strukturen. Hier das Beispiel des Ortsverbands HoRAN (Hockenheim, Reilingen, Atlußheim, Neulußheim) aus dem Rhein-Neckar-Kreis.

Trotz der schlechten Ausgangssituation im KV Rhein-Hardt haben wir den Ortsverband weitergeführt. Ein neuer Kreisvorstand wurde gebildet, die Listen für die Kreistagswahl wurden nominiert und eine Wahlliste mit neun Kandidaten für die Gemeinderatswahl in Reilingen aufgestellt. Letztere umfasst auch drei Neumitglieder.

Es war also möglich, innerhalb kurzer Zeit vieles anzugehen. Mut zur Veränderung, persönliches Engagement, Ausdauer und das Ablegen alter Gewohnheiten waren Voraussetzung dafür.

Um die Gemeinderatswahl vorzubereiten, sind lokale Informationsstände vorgesehen. Und der Ortsverband arbeitet den Kandidierenden zu. Der OV HoRAN ist auch aktiv gegen den aktuellen Rechtsruck und beteiligte sich aktiv an den Demos gegen Rechts in Walldorf und Ketsch.

Der OV tritt geschlossen auf. Das ist es, was die Linke jetzt braucht: eine starke und geschlossene Basis mit Durchhaltevermögen; denn ein Ausdauerlauf wird nicht auf wenigen Metern sondern auf der großen Distanz gewonnen. Halten wir also zusammen, unterstützen wir uns und treten in die Öffentlichkeit. Bleiben wir engagiert und optimistisch, so gelingt uns auch die anstehende Transformation!



Ostfildern: Einrichtung eines Inklusionsbeirats „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig“ (Friedrich Schiller)

von Jutta Zwaschka

Mit meinem Text möchte ich dazu beitragen, dass Genoss*innen und Sympathisant*innen ermutigt werden, auch mit nur einem Sitz im Gemeinderat (wie ich in Ostfildern), den ihnen zustehenden Gestaltungsraum in der Kommunalpolitik für Ziele der Linken beherrscht zu nutzen. In Ostfildern, einer Kleinstadt mit ca. 40.000 Einwohner*innen an der Stadtgrenze zu Stuttgart, bestand seit einigen Jahren das „Forum Gesellschaft inklusiv Ostfildern“.

Aufgrund regelmäßiger Teilnahme bekam ich allerhand Probleme von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt mit. Einige davon konnten bewältigt werden, andere müssen noch gelöst werden. Als positives Beispiel dient die kostenlose Bereitstellung von Hörschleifen für öffentliche Veranstaltungen in Ostfildern, welche von der Bürgerstiftung finanziert wird. Weiterhin für erhebliche Schwierigkeiten sorgt der U-Bahnsteig im Scharnhäuser Park, der für Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator nur schwer oder gar nicht genutzt werden kann, da die Ebenen vom Bahnsteig und dem Zutritt zur U-Bahn eine unterschiedli-

che Höhe aufweisen. Dann kam Corona, die persönlichen Treffen konnten nicht mehr stattfinden - bis schließlich das Forum stillstand.

In der Stadtrundschau Ostfildern las ich, dass das Forum durch Aktivierung einer Mitbegründerin und eines früheren städtischen Mitarbeiters wiederbelebt werden soll. Das freute mich, weil ich den Ausfall als bedrückend empfand. Um dem Forum neuen Schwung und mehr politischen Einfluß im Gemeinderat zu geben, beschloss ich, einen Antrag auf die Einrichtung eines Inklusionsbeirats in Ostfildern zu stellen. Die Mehrheit der Gemeinderät*innen stimmte zu, was mich sehr freute. Denn im Gegensatz zu Fraktionen benötigen Einzelstadträte*innen oder Gruppierungen (zwei Personen) das notwendige Quorum des Rats, damit der Antrag von der Verwaltung angenommen wird. Wer im Gemeinderat Fraktionsstatus hat (ab drei Personen), benötigt für Anträge kein Quorum mehr. Inspiration zur besseren Inklusion bekomme ich auch durch unsere KAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ in Esslingen, mit der wir zur ersten Inklusionskonferenz am 17. Februar '24 in Stuttgart angereist sind.

Kostenfreies Mittagessen an Kitas und Schulen! Empfehlung des Bürgerrates

Von Karin Binder, Karlsruhe

Die Empfehlung des Bürgerrates zur kostenfreien Schulverpflegung wurde am 14.03.24 im Bundestag debattiert und endlich haben sich auch Grüne (Künast) und SPD (Miersch) für die kostenfreie Schulverpflegung ausgesprochen.

Mit unserer Bundestagsfraktion hatte ich bereits 2011 das Thema erstmals in einer Expertenanhörung aufgerufen und seit dieser Zeit in vielen Initiativen und Anträgen ge-

fordert. In unseren Partei- und Wahl-Programmen ist das Thema verankert, aktuell auch bei den Landtagswahlen im Osten.

Die Empfehlung des Bürgerrates sollte nun für die Politik in Bund, Land und Kommunen Grund genug sein, die Forderung dringend umzusetzen.

Im Karlsruher Gemeinderat haben wir jetzt erneut einen Antrag zum kostenfreien Mittagstisch an Schulen gestellt:

1. Die Stadt Karlsruhe folgt der Empfehlung des Bürgerrats, der im Januar als wichtigste seiner 9 Empfehlungen an die Politik die Forderung nach kostenlosem Mittagessen für Kitakinder und Schüler*innen erhebt.
2. Die Stadt erarbeitet innerhalb von 2 Jahren einen Umsetzungsplan, mit dem Ziel für alle Schüler*innen an Karlsruher Grund- und Ganztages-Schulen sowie städtischen Kitas ein beitragsfreies und ausgewogenes Mittagessen nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzubieten.
3. Entsprechende Mittel zur Finanzierung dieses Projektes beantragt die Stadt Karlsruhe bei der Bundes- und Landesregierung. Ein Beschluss zur Mit-Finanzierung durch die Stadt erfolgt mit den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2026/2027.

Nicht nur Expert*innen wissen, wie wichtig eine warme Mahlzeit täglich für alle Kinder ist - unabhängig vom jeweiligen Familieneinkommen. Abwechslungsreiche,

ausgewogene Ernährung ist die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung und für den Bildungserfolg. Der gemeinsame Mittagstisch stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und entwickelt das soziale Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Das gemeinsame Essen ist nicht nur Nahrungsaufnahme, es dient der Kultur und der Gemeinschaft.

Unser Landessprecher Elwis Capece unterstützt seit Jahren diese Forderung auch als Gewerkschaftssekretär der NGG und hat mit dazu beigetragen, dass die Forderung inzwischen von allen DGB-Gewerkschaften geteilt wird. Denn auch die Beschäftigten in den Küchen und bei den Caterern haben etwas davon, wenn nicht mehr über Dumpingpreise verhandelt werden muss. Nicht die jeweiligen Eltern, sondern die gesamte Gesellschaft muss diesen Beitrag leisten. Er muss über Steuermittel von allen Einkommen aufgebracht werden. Nur so werden Familien entlastet und die Kommunen von Bürokratie befreit.

„Nicht nur Expert*innen wissen, wie wichtig eine warme Mahlzeit täglich für alle Kinder ist - unabhängig vom jeweiligen Familieneinkommen.“

Abrisswahn stoppen

Wir kämpfen gegen den Abriss-Neubau der Schleyerhalle

Von Ursel Beck, KV Stuttgart

Die Schleyerhalle in Stuttgart ist landesweit bekannt. Sie ist eine große Mehrzweckhalle, die 1983 gebaut und 2005/2006 für 12,2 Millionen Euro modernisiert und erweitert wurde. Im Hauruckverfahren sollte im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 ein Abriss-Neubau im Gemeinderat beschlossen werden. Daraus wurde dann erst mal nichts. Der Ortsverband DIE LINKE Cannstatt hatte eine öffentlichkeitswirksame Kampagne gegen den Abriss-Neubau gestartet. Im Gemeinderat opponierte die linke Fraktionsgemeinschaft und die Fraktion Puls den Abriss-Neubau. Der Grund für den Abriss-Neubau ist der kapitalistische Konkurrenzkampf der Städte um große Events. Weil Mannheim und Berlin eine größere Halle haben, braucht Stuttgart auch eine neue Halle mit 5.000 Plätzen mehr. So die Argumentation der Eventindustrie und der prokapitalistischen Parteien im Gemeinderat. Im Frühjahr 2023 war von 250 Millionen Kosten die Rede, inzwischen werden von der Stadt 612 Millionen genannt. Dabei wird es nicht bleiben. Es wird wahrscheinlich am Ende doppelt so teuer. Während das Geld für solche Prestigeobjekte immer da ist, fehlt es an einer ausreichenden Finanzierung der Kitas, der Schulen, Krankenhäuser, des ÖPNVs und der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Ortsverband von DIE LINKE Bad Cannstatt – Mühlhausen- Münster hat inzwischen 800 Unterschriften gegen den Abriss-Neubau gesammelt. Wir haben Infostände gemacht. Mit einem Banner gegen den Abriss-Abbau waren wir bei einer Klimademo und bei einem Fanta-4-Konzert direkt vor der Schleyerhalle. Simon Hübner, einer unserer Kandidaten bei der Kommunalwahl hat bei der Montags-

demo gegen S 21 am 13.11. 2023 eine Rede gegen den Abriss-Neubau gehalten. Die Architects for Future haben sich inzwischen in einer Stellungnahme gegen den Abriss-Neubau ausgesprochen. Inzwischen ist es ruhig geworden, um das Projekt. Das Thema wurde immer wieder von Sitzungen im Gemeinderat und Bezirksbeirat genommen. Es sieht so aus, als ob die Stadtobere das Thema aus dem Kommunalwahlkampf raushalten und es erst danach beschließen wollen. Wir werden diesen Abrisswahn aber nicht aus dem Kommunalwahlkampf raushalten und auch ein Extra-Plakat dagegen machen. Die einzige Änderung, die wir bei der Schleyerhalle wollen, ist die Umbenennung in Fritz-Bauer-Halle. Das Lebenswerk des Juristen und gebürtigen Stuttgarter Fritz Bauer bestand darin NS-Verbrecher gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen konsequent strafrechtlich zu verfolgen. Mehr über unsere Kampagne gibt es auf unserer Website unter

<https://www.stuttgart.die-linke-bw.de/ortsverbaende/bad-cannstatt-muehlhausen-muenster/ueberblick/>



Volksantrag Mieten runter Jetzt unterschreiben!

von Lisa Neher und Sahra Mirow

Jetzt geht es endlich los! Seit 6. April sammeln wir Unterschriften für unseren Volksantrag Mieten runter. Der Volksantrag ist Teil unserer landesweiten Mietenkampagne. Wir wollen in einem Jahr rund 40.000 Unterschriften sammeln, mit dem Ziel, die Landespolitik aufzumischen. Wir erinnern uns alle noch an die Landtagswahl 2021. Alle Parteien haben damals dem Thema Wohnen als die soziale Frage unserer Zeit viel Aufmerksamkeit geschenkt. Der Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung verspricht mehr bezahlbaren Wohnraum – doch passiert ist nichts. Noch immer fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung als neue hinzukommen. Da es nur noch so wenige Sozialwohnungen gibt, hat mittlerweile nur noch 1 von 10 Haushalten, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, überhaupt eine Chance zu erhalten. Baden-Württemberg investiert so wenig Geld in den sozialen Wohnungsbau wie kaum ein anderes Bundesland. Die Hälfte der 30 teuersten deutschen Städte ist daher im Südwesten.

Keine Profite mit der Miete!

Die Privatisierung des Wohnungsmarkt im Interesse von privaten Immobilieninvestoren, wie sie seit den 1990er Jahren vorangetrieben wurde und in Baden-Württemberg mit dem Verkauf von 21.000 landeseigenen Wohnungen 2011 einen Höhepunkt erreicht hat, ist krachend gescheitert. Anstatt diese Fehler der Vergangenheit endlich zu korrigieren, macht auch die Landesregierung mit dem eigens gegründeten Wohnungsministerium genau so weiter: Es wird auf private Investoren gesetzt anstatt sozialen Wohnungsbau in öffentlicher Hand zu fördern. Bauen kann nicht die Antwort auf die Wohnungskrise sein: Die Bauwirtschaft ist in der Krise und selbst die Kostenmiete beim Neubau unerschwinglich. Deshalb brauchen wir nicht einfach mehr Wohnungen, sondern mehr bezahlbare Wohnungen – und die müssen wir uns von denen holen, die momentan mit Wohnraum spekulieren und von der Wohnungskrise profitieren. Wir fordern die Landesregierung mit dem Volksantrag daher zu einer Mietenpolitik im Interesse der Mieter:innen auf und formulieren dabei fünf Ziele:

- 1) Die Wohnungsmieten sollen wieder sinken
- 2) Der Wohnungsneubau und -bestand in öffentlicher Hand soll durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft erhöht werden
- 3) Die Zahl der Sozialwohnungen muss deutlich erhöht werden
- 4) Wohnungslosigkeit muss endlich bekämpft werden
- 5) Leerstand muss verhindert werden.

Wir sind die Partei der Mieter*innen.

Die Umfragen nach der Landtagswahl 2021 haben gezeigt, dass die Wähler*innen uns die größte Kompetenz beim Thema Wohnen zusprechen. Man traut es der Linken zu, Verbesserungen für Mieter*innen zu erkämpfen. Die KPÖ in Graz und Salzburg zeigen, wie man mit dem ehrlichen Einsatz für Mieter*innen Wahlen gewinnt. Im März ist die KPÖ in der Stadt Salzburg bei der Gemeinderatswahl durch ihre glaubhafte Mietenpolitik zweitstärkste Kraft geworden. Auch wir setzen uns in den Kommu-

nen und Kreisverbänden seit Jahren für die Interessen der Mieter*innen ein. Überall wo wir in den Gemeinderäten vertreten sind, setzen wir uns für höhere Quoten im sozialen Wohnungsbau ein, wir kämpfen gegen Mieterhöhungen bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften, gegen den Abriss von bezahlbarem Wohnraum und unterstützen Mieter:innen bei fehlerhaften Nebenkostenabrechnungen. Im Kommunalwahlkampf wollen wir diesen Einsatz vor Ort mit dem landesweiten Volksantrag Mieten runter verbinden, um landesweit als Partei der Mieter*innen wahrgenommen zu werden.

Warum ein Volksantrag?

Ein Volksantrag ist ein basisdemokratisches Mittel, mit dem Bürger:innen und Initiativen Anliegen in den Landtag hereintragen können. Unterschreiben darf, wer mindestens 3 Monate in Baden-Württemberg gemeldet ist, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und mindestens 16 Jahre alt ist. Wir nutzen den Volksantrag um auf die Untätigkeit der Landesregierung aufmerksam zu machen und Mieter*innen zu organi-

sieren. Jede*r zweite Baden-Württemberger*in lebt zur Miete. Wir möchten mit diesen Menschen ins Gespräch kommen und sie dafür gewinnen, dass sie sich mit uns für eine andere Mietenpolitik einsetzen. Mit jeder Unterschrift ist ein 1 zu 1 Gespräch verbunden. In diesen Gesprächen erfahren wir mehr über die Situation der Menschen und wir können unsere Positionen vermitteln und Menschen für sozialistische Ideen gewinnen. Die vergangenen Volksanträge in Baden-Württemberg haben gezeigt, dass die Initiator*innen Erfolge verbuchen und das sogar wenn der Volksantrag nicht eingereicht wurde: Mit einem Volksantrag erzielen wir öffentliche Aufmerksamkeit und setzen die Landesregierung unter Druck.

Los gehts

Unser erstes Etappenziel sind 10.000 Unterschriften bis zu den Sommerferien Ende Juli. Alle Kreisverbände haben Materialpakete mit Unterschriftenlisten, Flyern, Stickern und Klemmbrettern erhalten. Im Mittelteil der Landesinfo liegen zwei Unterschriftenformulare bei. Ihr könnt diese heraustrennen und – doppelseitig! – kopieren. Bringt die ausgefüllten und unterschriebenen Formulare entweder in das Regionalbüro in eurer Nähe oder schickt sie in unser Heilbronner Regionalbüro per Post (Adresse: Die Linke, Alle 40, Heilbronn). Werbt bei euren Freunden, Familie, Kolleg*innen, in der Kita, der Schule oder im Sportverein für den Volksantrag. Schließt euch im Kreis- oder Ortsverband zusammen und gründet Aktiventreffen zur Vorbereitung von Haustürgesprächen, Infoständen und Veranstaltungen zum Thema. Wir dürfen es der Landesregierung nicht durchgehen lassen, dass Wohnen immer mehr zum Armutsrisiko wird. Eine andere Mietenpolitik ist möglich – lasst uns das gemeinsam in die Hand nehmen.

Formulare und weitere Infos findet ihr unter folgendem Link: <https://www.die-linke-bw.de/mitmachen/mieten-runter/>

Ihr braucht Unterstützung vor Ort? Dann meldet euch unter mieten-runter@die-linke-bw.de

„Deshalb brauchen wir nicht einfach mehr Wohnungen, sondern mehr bezahlbare Wohnungen – und die müssen wir uns von denen holen, die momentan mit Wohnraum spekulieren und von der Wohnungskrise profitieren.“

Mieten runter

Die Linke Baden-Württemberg fordert die Nutzung von Leerstand und eine gemeinwohlorientierte Neubaustrategie um bezahlbaren Wohnraum für den Housing First-Ansatz zu schaffen.

Sahra Mirow, Landessprecherin die Linke Baden-Württemberg, sagt: „Der Housing First-Ansatz ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und um Menschen in schwierigen Lebenslagen ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Doch der Ansatz ist nutzlos, wenn nicht genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.“

Wir müssen die strukturellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt beheben. Es wird wahllos auf „bauen-bauen-bauen“ gesetzt. Schade, kommt es doch darauf an, was gebaut wird. Neue Luxuswohnungen wurden in den letzten Jahren schon genug gebaut. Sie lösen die Wohnungsfrage für Wohnungslose, Obdachlose und Menschen mit wenig Geld nicht.

Wir brauchen eine Neubaustrategie, die von Anbeginn so gestaltet ist, dass sie der Gemeinnützigkeit dient. Warum nicht alle Fördergelder, die das Land ausgibt, zukünftig nur noch solchen Wohnungsunternehmen zugutekommen lassen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten? Das wäre ein wichtiger Ansatz für städtische Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, aber auch für Private, der Gemeinnützigkeit beizutreten.

Auf 76.000 Wohnungslose in Baden-Württemberg kommen 80 Wohnungen in der Housing First-Initiative. Die eigentliche Frage lautet also, wie wir mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Alle Beteiligten sind sich über diese Problematik bewusst, doch es fehlt an politischen Antworten.

Statt nur auf Neubau zu setzen, muss der Leerstand verhindert werden. Hier bietet sich an, leerstehende Büro-

Wohnungslosigkeit bekämpfen

gebäude in Wohnraum umzuwandeln. Davon gibt es massig viel, insbesondere seit der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden Umschwung zum Home-Office.

Auf dem Wohnungsmarkt haben inzwischen profitwirtschaftliche Ansätze die Oberhand gewonnen. Damit muss Schluss sein! Das Gemeinwohl muss endlich wieder Leitmotiv auf den Wohnungsmärkten sein, denn schließlich sind diese ein Grundrecht und keine austauschbare Ware.“

Hintergrund:

Die Wiedereinführung einer Gemeinnützigkeit würde noch ein weiteres Problem lösen: den Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus. Wir haben gesehen, dass das Kernproblem darin besteht, dass Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Zukünftig muss das Prinzip gelten: Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung. Dafür muss sich die Landesregierung im Bundesrat einsetzen.

Nur noch sechs Prozent aller Wohnungen in Deutschland sind in kommunaler oder öffentlicher Hand. Mit einer landesweiten Wohnungsbaugesellschaft kann das Land selbst neuen bezahlbaren Wohnraum schaffen und die Kommunen dabei unterstützen. Neben dem Neubau von Wohnungen stellt der Ankauf bzw. der Rückkauf vormals privatisierter Wohnungen eine weitere Möglichkeit dar, den Bestand an gemeinnützigen Wohnungen zu mehren.

Und das Beste an all diesen Ansätzen ist: Der Staat spart Geld. Nämlich Wohngeldzuschüsse, die sonst in überhöhte Mieten fließen würden. 2019 Bund, Länder und Kommunen 17,5 Milliarden Euro im Jahr für Mietzuschüsse aus – Wohngeld und Mietkosten für Menschen auf Hartz IV. Geld, das nicht nur in den Taschen der Vermieter:innen landet, sondern regelmäßig dem Mietenwahnsinn hinterher finanziert. Es ist raus geschmissenes Geld, denn einmal ausgegeben, kommt es nicht mehr zurück. Warum nicht umsteuern und endlich wieder mehr staatliche Lenkung?

Aktuell aus dem Bundestag:

In keinem anderem Bundesland fehlen so viele Sozialwohnungen

Unsere Mannheimer Abgeordnete Gökay Akbulut fragte die Bundesregierung zu immer weiter steigenden Mieten, hier die Informationen aus der Regierungsantwort zusammengefasst:

In Baden-Württemberg fehlen so viele Sozialwohnungen wie in keinem anderen Bundesland. Nach Berechnungen des Pestel-Instituts fehlen dort mehr als 200 000 Sozialwohnungen. Trotzdem stagniert die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten 11 Jahren auf sehr niedrigem Niveau.

In allen baden-württembergischen Landkreisen sowie in den kreisfreien Städten sind die Mieten in den vergangenen elf Jahren gestiegen. Landesweit von durchschnittlich 7,68 €/qm im Jahr 2013 auf 11,70 €/qm im Jahr 2023. Das entspricht einem durchschnittlichen Anstieg um enorme 52,3 Prozent. Den stärksten Anstieg verzeichnet dabei die Stadt Heilbronn. Hier stiegen die Mieten innerhalb der letzten elf Jahre um sage und schreibe 72,2 Prozent. Die Menschen in Heilbronn müssen mittlerweile durchschnittlich 11,95 Euro pro Quadratmeter für Mietwohnungen zahlen und damit 5,01 Euro/qm mehr als noch 2013.

Die Baulandpreise in Baden-Württemberg sind noch dramatischer gestiegen als die Mieten. Landesweit haben sie sich in der Zeit von 2013 – 2023 um 73,2 Prozent erhöht: von 183,79 €/qm auf 318,32 €/qm. Besonders stark fiel der Anstieg dabei in Freiburg (Steigerung um das Fünffache auf 2021,72 €/qm) aus.

Dazu Gökay Akbulut:

„Wer eine Wohnung in Baden-Württemberg bezieht, muss immer höhere Mieten bezahlen. Die Mietenkrise in Baden-Württemberg dehnt sich ungebrochen aus. Berücksichtigt man noch die gestiegenen Preise für Energie und Lebensmittel ist die Lage doppelt dramatisch. Diese Entwicklung ist eine soziale Katastrophe!

In Baden-Württemberg fehlen so viele Sozialwohnungen wie in keinem anderen Bundesland. Da gibt es höchsten Handlungsbedarf!

Viel zu lange haben Bund und Land die Mieterinnen und Mieter in Baden-Württemberg im Stich gelassen. Bund und Länder müssen selbst mehr Wohnungen bauen.

Die Landesregierung steht in der Verantwortung, endlich alle möglichen mietrechtlichen Mittel zum Wohle der Mieterinnen und Mieter umzusetzen. Die vorhandenen Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen vollständig genutzt werden, um den großen Bedarf an Sozialwohnungen ansatzweise decken zu können. Hier tut die Regierung bisher viel zu wenig!“

Volksantrag: Mieten runter

Aktion gegen Leerstand in Stuttgart

– Provokant in den Wahlkampf starten!

Von Elisabeth Kutterer und Simon Hübner, KV Stuttgart

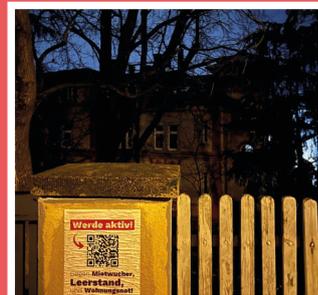
In der Nacht vom 9. auf den 10. Februar haben wir als Aktivist*innen der Stuttgarter Linken eine Aktion gegen den anhaltenden Leerstand von Wohnungen und Büroflächen gestartet.

Etwa 30 junge Menschen beteiligten sich an der Aktion, die als provokanter Auftakt unseres Jugendwahlkampfs konzipiert war.

Bei der Aktion haben wir den Missstand von zehntausenden Quadratmetern Leerstand und dem damit einhergehenden Schaden für die Allgemeinheit im

und alle leerstehenden Gebäude mit Schriftzügen und einem A4-Infocettel versehen. Mit den Zetteln haben wir uns quasi auch zu der Aktion bekannt und eingeladen: „Werde aktiv gegen Mietwucher, Leerstand und Wohnungsnot!“ und darunter einen QR-Code mit mehr Informationen zur Stuttgarter Linken ergänzt. Für alle Beteiligten haben wir zudem eine Handreichung mit rechtlichen Hinweisen zu Sprühkreide erstellt (aktuelle Rechtsprechung: keine Sachbeschädigung!). Zuletzt wurde noch eine Pressemitteilung versendet, in der wir die Hintergründe der Aktion und unsere inhaltlichen Positionen für die Presse aufbereitet und die Untätigkeit der Stadtspitze angeprangert haben.

Für uns als Linke ist dies eine notwendige Aktion, um die Stadt aufzufordern endlich eine Politik zu verfolgen, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Außerdem konnte dieser Abend viele junge Menschen verschiedener linker Gruppen in Aktion auf der Straße bringen und empowern. Wir sagen deutlich: Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt dienen, denn Wohnen ist Menschenrecht! Deshalb: Leerstand beleben!



wahrsten Sinne des Wortes angekreidet. Mit Hilfe von Sprühkreide haben wir 25-30 Leerstände im Bereich der Innenstadt mit „LEERSTAND“ und anderen Schriftzügen markiert.

Im Folgenden ein paar Details – gerne auch als „Inspiration“: In Kleingruppen haben wir uns bekannte Leerstände sowie Einträge des bundesweiten „Leerstandsmelders“ (<https://www.leerstandsmelder.de/stuttgart>) auf Aktualität geprüft

Jetzt handeln, Herr Kanzler! –

Reichtum umverteilen: Für sozialen und nachhaltigen Wohnungsbau!

Protestrede angesichts des Kanzlerbesuchs in der Stadt
Pünktlich zum Spatenstich für den Neubau-Stadtteil Dietenbach kommt der Kanzler an die Dreisam. Dabei haben er und seine Regierung bisher nichts dazu beigetragen, dass hier der bezahlbare Wohnraum entsteht, den die Menschen brauchen. Im Gegenteil: In der aktuellen Politik der Ampelregierung fehlen zuverlässige und ausreichend finanzierte Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau. Ebenso fehlt die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit, um insbesondere den kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau zu unterstützen. Auch ein bundesweiter Mietendeckel ist leider nicht in Sicht!

Kanzler und Regierung tun zu wenig für leistbare Mieten und Wohnungen

Stand heute, reißt die aktuelle Bundespolitik alles ein, was die Kommunalpolitik in den letzten Jahren mühsam und gegen die diversen Krisen aufgebaut hat. Zur zwingenden Umsetzung der 50%-Quote für den sozialen Wohnungsbau im neuen Stadtteil und seinen möglichst nachhaltigen Charakter, braucht es deutlich mehr Unterstützung von Bundes- und Landespolitik. Ein Kurswechsel in der Wohnungs- und Mietpolitik ist längst überfällig! Eine starke und verbindliche Förderung – vor allem der gemeinwohlorientierten und nicht-profitgetriebenen Wohnungsbestände – in öffentlicher und demokratisch kontrollierter Hand ist alternativlos.

Reichtum umverteilen – Ohne geht es nicht!

Grundlage für die mietenpolitischen und den ebenso notwendigen ökologischen Zielen kann einzig und allein eine solidarische Steuerreform sein, die endlich unmoralischen Reichtum zu Gunsten der gesellschaftlichen Notwendigkeiten rück- und umverteilt. Während für Rüstung über Nacht Milliarden zur Verfügung stehen, fehlt es für leistbaren Wohnraum, Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz an allen Enden. Insbesondere die Kommunen müssen endlich finanziell in die Lage versetzt werden, ihre wesentlichen, sozialen und ökologischen Projekte umzusetzen. Die Notwendigkeit eines neuen Stadtteils kann sich nur begründen, wenn er wirklich einen Beitrag für bezahlbaren Wohnraum leistet und diese Umsetzung nicht auf Kosten wichtiger ökologischer Grundlagen erfolgt

Vor Ort: Soziale und ökologische Ziele müssen erreicht werden

Die LINKE LISTE unterstützt den Bau des neuen Stadtteils bei gleichzeitig maximalem Walderhalt. In den letzten Monaten haben wir dazu immer wieder Anträge im Gemeinderat gestellt, leider ohne eine Mehrheit. Wir schlagen u.a. vor auf eine Bebauung des nördlichen Teiles des Waldes zu verzichten. Die vielfältige Klima-Funktion des Waldes zwischen den beiden Stadtteilen muss viel stärker berücksichtigt werden. Wir sind solidarisch mit der Protestbewegung „Hände weg vom DietenbachWALD“ und unterstützen deren kritisches Engagement gerne und im steten Dialog.

Am 9. Juni deshalb LINKE LISTE wählen!

Unterschriftenformulare für den Volksantrag

Diese befinden sich auf den nächsten Seiten. Ihr könnt diese Seiten heraustrennen und die Formulare für die Kampagne nutzen um Unterschriften zu sammeln!

Formblatt für die Beteiligung an einem Volksantrag nach Artikel 59 Absatz 2 der Landesverfassung

Eine Beteiligung am Volksantrag bedarf aller nachfolgenden Angaben und der persönlichen und handschriftlichen Unterschrift mit Datum. Eine Beteiligung kann über einen Zeitraum von 12 Monaten, frühestens ab dem Zeitpunkt erfolgen, der dem Landtag als Beginn der Sammlung mitgeteilt wurde. Vorher oder nachher erfolgte Beteiligungen sind ungültig. Wer beteiligungsberechtigt ist, darf sich nur einmal beteiligen. Mehrfache Beteiligungen zählen als eine Beteiligung. Beteiligungsberechtigt sind nur zum Zeitpunkt der Beteiligung (Unterschriftsleistung) zur Landtagswahl wahlberechtigte Personen.

Beteiligung am Volksantrag Mieten runter.

Durch meine nachfolgenden Angaben und Unterschrift beteilige ich mich an diesem Volksantrag, der folgenden Inhalt hat:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen, ein Gesetz auszuarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, das zum Ziel hat:

- dass die Wohnungsmieten wieder sinken (Mieten runter),
- die Zahl der Sozialwohnungen deutlich zu erhöhen,
- Wohnungslosigkeit zu bekämpfen,
- Vorgaben zu entwickeln, um Leerstand zu verhindern,
- Wohnungsneubau und -bestand in öffentlicher Hand durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft zu erhöhen.

Familienname: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift der Hauptwohnung
(Straße + Hausnummer): _____

Postleitzahl, Wohnort: _____

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

Rücksendung des vollständig ausgefüllten Formulars im Original
(Scans sind ungültig!) bitte bis 31.12.2024 an:
Die Linke, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. 07131-8 994 996



Nicht vom Unterzeichner / der Unterzeichnerin auszufüllen:

Prüfvermerke der Gemeinde

Bescheinigung des Wahlrechts ¹

Der/Die vorstehende Unterzeichner/in war am Tag der Unterzeichnung Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, erfüllte zu diesem Zeitpunkt auch die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 7 Absatz 1 des Landtagswahlgesetzes und war nicht nach § 7 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes vom Wahlrecht zum Landtag ausgeschlossen.

Gegen die Gültigkeit der Beteiligung im Übrigen bestehen Bedenken nach § 42 Absatz 3 Satz 5 i.V.m. § 37 Absatz 1 VAbstG.

Gegen die Gültigkeit der Beteiligung im Übrigen bestehen keine Bedenken nach § 42 Absatz 3 Satz 5 i.V.m. § 37 Absatz 1 VAbstG.

....., den
(Ort) (Datum)

(Dienstsiegel)

.....
(Unterschrift der Gemeindeverwaltung)

¹ Das Bürgermeisteramt darf das Wahlrecht des Unterzeichners/der Unterzeichnerin nur einmal bescheinigen.

Formblatt für die Beteiligung an einem Volksantrag nach Artikel 59 Absatz 2 der Landesverfassung

Eine Beteiligung am Volksantrag bedarf aller nachfolgenden Angaben und der persönlichen und handschriftlichen Unterschrift mit Datum. Eine Beteiligung kann über einen Zeitraum von 12 Monaten, frühestens ab dem Zeitpunkt erfolgen, der dem Landtag als Beginn der Sammlung mitgeteilt wurde. Vorher oder nachher erfolgte Beteiligungen sind ungültig. Wer beteiligungsberechtigt ist, darf sich nur einmal beteiligen. Mehrfache Beteiligungen zählen als eine Beteiligung. Beteiligungsberechtigt sind nur zum Zeitpunkt der Beteiligung (Unterschriftsleistung) zur Landtagswahl wahlberechtigte Personen.

Beteiligung am Volksantrag Mieten runter.

Durch meine nachfolgenden Angaben und Unterschrift beteilige ich mich an diesem Volksantrag, der folgenden Inhalt hat:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen, ein Gesetz auszuarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, das zum Ziel hat:

- dass die Wohnungsmieten wieder sinken (Mieten runter),
- die Zahl der Sozialwohnungen deutlich zu erhöhen,
- Wohnungslosigkeit zu bekämpfen,
- Vorgaben zu entwickeln, um Leerstand zu verhindern,
- Wohnungsneubau und -bestand in öffentlicher Hand durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft zu erhöhen.

Familiename: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Anschrift der Hauptwohnung
(Straße + Hausnummer): _____

Postleitzahl, Wohnort: _____

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

Rücksendung des vollständig ausgefüllten Formulars im Original
(Scans sind ungültig!) bitte bis 31.12.2024 an:
Die Linke, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. 07131-8 994 996



Nicht vom Unterzeichner / der Unterzeichnerin auszufüllen:

Prüfvermerke der Gemeinde

Bescheinigung des Wahlrechts¹

Der/Die vorstehende Unterzeichner/in war am Tag der Unterzeichnung Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes, erfüllte zu diesem Zeitpunkt auch die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 7 Absatz 1 des Landtagswahlgesetzes und war nicht nach § 7 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes vom Wahlrecht zum Landtag ausgeschlossen.

Gegen die Gültigkeit der Beteiligung im Übrigen bestehen Bedenken nach § 42 Absatz 3 Satz 5 i.V.m. § 37 Absatz 1 VAbstG.

Gegen die Gültigkeit der Beteiligung im Übrigen bestehen keine Bedenken nach § 42 Absatz 3 Satz 5 i.V.m. § 37 Absatz 1 VAbstG.

....., den
(Ort) (Datum)

(Dienstsiegel)

.....
(Unterschrift der Gemeindeverwaltung)

¹ Das Bürgermeisteramt darf das Wahlrecht des Unterzeichners/der Unterzeichnerin nur einmal bescheinigen.

„Wir fahren zusammen“ Die Klimakrise und die Arbeitskämpfe im öffentlichen Nahverkehr gehören zusammen

Sahra Mirow (Landessprecherin die Linke BW)

Mit der Kampagne „Wir fahren zusammen“ kämpfen ver.di und Fridays for Future gemeinsam für Klimaschutz und bessere Arbeitsbedingungen im Nahverkehr. Am 1. März, dem globale Klimastreiktag, finden gemeinsame Kundgebungen statt. Die Linke Baden-Württemberg unterstützt das Bündnis.

Mit der Kampagne „Wir fahren zusammen“ kämpfen ver.di und Fridays for Future gemeinsam für Klimaschutz und bessere Arbeitsbedingungen im Nahverkehr. Am 1. März, dem globale Klimastreiktag, finden gemeinsame Kundgebungen statt. Die Linke Baden-Württemberg unterstützt das Bündnis.

Sahra Mirow, Landessprecherin Die Linke Baden-Württemberg, sagt: „Am 01.03. streiken wir zusammen. Am Tag des globalen Klimastreiks geht die Linke Baden-Württemberg gemeinsam mit Klimaaktivist:innen von „Wir fahren zusammen“ und den Beschäftigten im ÖPNV auf die Straße, denn die Kämpfe gegen die Klimakrise und die Arbeitskämpfe im öffentlichen Nahverkehr gehören zusammen. Für eine klimafreundliche Mobilität muss Bus und Bahn funktionieren und damit es funktioniert müssen auch die Arbeitsbedingungen der Kolleg:innen passen. Wir glauben, dass es ein breites Bündnis mit den Arbeiter:innen braucht, um gegen die Klimakrise handlungsfähig zu sein.“

Antrag: Wir fahren zusammen

Als Schnittstelle zwischen Klima- und Betriebspolitik, Bewegungs- und Gewerkschaftszentriert, sowie in sich den Keim gesellschaftlicher Transformation tragend unterstützen und unterstützen wir die Kampagne: Wir fahren zusammen auf der Straße und in den Parlamenten. Hier ein aktueller Antrag unserer Fraktion aus dem Karlsruher Gemeinderat:

Unterstützung der Forderungen von ver.di zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten von VBK und KVV sowie der Petition „Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV“

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) nach besseren Arbeitsbedingungen und höheren Löhnen, den sie durch die aktuellen Streiks zum Ausdruck bringen. Eine Schichtzulage für Fahrer*innen, eine gerechte Bezahlung der Überstunden sowie die Anhebung der Urlaubsentgelte dienen auch dem Ziel einer verstärkten Fachkräftegewinnung.
2. Der Gemeinderat fordert den Aufsichtsrat der VBK auf, dieses Anliegen bei den VBK umzusetzen.
3. Der Gemeinderat unterstützt die Petition des Bündnisses „Wir fahren zusammen“: Vorfahrt ÖPNV! – Mobilität für alle und gute Arbeit für die Beschäftigten im ÖPNV
4. Da der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gemäß der Pariser Klimaziele zukunftsfähig gestaltet und ausgebaut werden muss, setzt sich die Stadt Karlsruhe bei Bund und Land dafür ein, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine Erhöhung der Personenkilometer im Nahverkehr zu erreichen.

Begründung:

Das Rückgrat einer ökologischen Verkehrswende ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). In dicht besiedelten Regionen kann der ÖPNV seine Stärken besonders

Denn im ÖPNV ist es wie in vielen anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge gilt: Es ist eine politische Entscheidung, wie viel Geld dort investiert wird. Und es ist fatal, dass sich die Ampelregierung und der Verkehrsminister Volker Wissing dafür entscheiden zu sparen: an Infrastruktur, an Streckenausbau, aber eben auch an Personal und besseren Arbeitsbedingungen.

Die Beschäftigten im Nahverkehr spielen eine entscheidende Rolle für die Mobilität von Millionen von Menschen. Jedoch führen Überalterung und schlechte Arbeitsbedingungen zu einem dramatischen Personalmangel, der zu Fahrerbelastungen und der Einstellung von Buslinien führt. Um auch zukünftig eine sichere und zuverlässige Nutzung des ÖPNV zu gewährleisten, sind gute Arbeitsbedingungen unerlässlich, insbesondere angesichts einer möglichen Verdopplung des ÖPNV im Rahmen einer Verkehrswende.

Wir als Linke Baden-Württemberg fordern kostenfreien Nahverkehr für alle, auch um die notwendige Klimaneutralität zu erreichen. Der öffentliche Nahverkehr muss massiv ausgebaut werden und das wollen wir durch eine Nahverkehrsabgabe nach französischen Vorbild finanzieren. Diese Abgabe beteiligt Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit an den Kosten. Der restliche Finanzbedarf wird durch eine höhere Besteuerung von Vermögens- und Einkommensmillionären gedeckt. Das ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht.“

gut ausspielen: Viele Menschen schnell und direkt zu transportieren, dabei wenig Ressourcen und wenig Fläche verbrauchen. Mit den Verkehrsbetrieben Karlsruhe (VBK) agiert in Karlsruhe und Umgebung ein Unternehmen, welches gut aufgestellt ist, um die Herausforderungen für die dringend notwendige Verkehrswende zu meistern.

Dafür braucht es qualifiziertes, motiviertes und gut entlohntes Personal. Angesichts des Fachkräftemangels sind die VBK wie auch die AVG in der Verantwortung, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Damit die offenen Stellen besetzt werden können und in Zukunft genügend Personal an Bord ist, braucht es mehr Geld. Die kommunale Ebene allein kann diese großen Aufgaben nicht alleine bewältigen. Der Bund und die Länder sind aufgefordert, ihre Zuwendungen zum ÖPNV deutlich zu erhöhen, damit die Arbeitsbedingungen des Personals verbessert werden und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass der ÖPNV in Zukunft mehr Fahrgäste transportieren kann.

Wir unterstützen als Gemeinderat die Forderungen von ver.di und den streikenden Beschäftigten bei der VBK und im gesamten Nahverkehr für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.



Stuttgarter Genoss:innen beim Start der Kampagne letztes Jahr

Stuttgart 21 Chaos beenden!

Auszug aus der Rede von MdB Bernd Riexinger bei der 694. Montagsdemo am 5. Februar.

Jedes Mal, wenn ich mit der Bahn am Stuttgarter Hauptbahnhof ankomme oder abfahren will, die ewig langen Wege vom oder zum Bahnsteig laufe und Stuttgarts bekanntesten Krater betrachte, frage ich mich: Wie lange wollen die Stuttgarter Einwohner*innen diesen Zustand noch hinnehmen? Massive Beeinträchtigungen und Erschwernisse des Bahnverkehrs, eine Bauruine als Bahnhof, Dauerstaus, Lärm, Baustellenverkehr, Fertigstellungstermine, die nicht eingehalten werden, Kosten, die längst ins Unermessliche gewachsen sind. All das scheint immer noch nicht auszureichen, um wenigstens ein Moratorium zu vereinbaren, neu nachzudenken und ein tragfähigeres Konzept zu entwickeln. Der alte Spruch: wenn du merkst, du reitest ein totes Pferd, steige ab, scheint hier nicht zu gelten. Eher: Augen zu und durch, koste es, was es wolle. Den Preis dafür zahlen andere. Das ist verantwortungslose Politik, die wir nicht akzeptieren dürfen.

Dieser Zustand wird noch länger anhalten. Der jetzt versprochene Fertigstellungstermin für 2025 kann nur symbolischen Charakter haben. Die dafür geplanten Feiern – und ein paar Züge werden auch durchfahren – dient eher dazu, die Bevölkerung zu beruhigen oder auch zu verschaukeln, als einer wirklichen Inbetriebnahme. Beim Bahnkonzern redet man heute von einer Gesamtfertigstellung frühestens 2027 oder – Zitat Stuttgarter Zeitung: im schlimmsten Fall 2030.

Eine Hauptursache dafür ist das stockende Vorankommen bei der Digitalisierung des Bahnknotens Stuttgart. Es



Tübingen fährt voraus!

Von Frederico Elwing, Stadtrat, Tübingen

Im Herbst 2023 hat sich in Tübingen das Bündnis „Tübingen fährt voraus!“ gegründet. Anlass war die Erhöhung der Ticketpreise im Stadtverkehr Tübingen um 11%. Begründet wurde die Preiserhöhung u.a. mit den in der Tarifrunde für das private Busgewerbe von den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di erkämpften Lohnerhöhungen. Das Bündnis wurde von attac, Ende Gelände, Fridays for Future, das antikapitalistische Klimatreffen und dem ver.di Ortsverein auch deshalb gegründet, weil die bundesweite Kampagne „Wir fahren zusammen!“ von Fridays for Future und ver.di auf die Tarifrunde im TVN ausgerichtet ist, der in Tübingen nicht angewendet wird. Am 5. Dezember wurde mit einer Auftaktkundgebung am Busbahnhof die Kampagne und eine Petition an den Gemeinderat gestartet. Gefordert wird das Deutschland-Ticket zum Nulltarif für Schüler*innen, Studierende, Azubis, KreisBo-

ist das erste Pilotprojekt in Deutschland, das bis zu den Endhaltestellen der S-Bahnen reichen soll. Zuvor sollen 500 Netzkilometer auf die Steuerung mit digitalen Stellwerken und 450 Fahrzeuge umgebaut werden. Ein hochkomplexes Projekt, für das bisher keine Erfahrungen vorliegen, außer denen, dass es deutlich teurer und erheblich später fertig werden wird als geplant. Es ging kurze Zeit das Gerücht, dass die Bahn das Projekt stoppen will. Im Verkehrsausschuss wurde das jedoch dementiert. Auffällig ist jedoch, dass es beim Projektauftrag Verlängerungsoptionen bis Ende 2031 gibt. Dann wären 27 Jahre vergangen, seit die Stadt die Gleisgrundstücke von der Stadt für die Nutzung zum Wohnungsbau erworben hat. Das ist schon ein Schurkenstück besonderer Art.

Wir wollen als Linke aus Klimaschutzgründen, dass das Gleisgelände nicht bebaut wird. Alle Klimaexpert*innen gehen davon aus, dass das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens nicht mehr erreicht werden kann. Selbst 2 Grad sind nur mit sehr konsequenten und radikalen Maßnahmen erreichbar. Danach sieht es zurzeit nicht aus. Städte wie Stuttgart erwärmen sich dann jedoch um 4 bis 5 Grad und kühlen in heißen Sommermonaten nachts nicht mehr unter 30 Grad ab. Sprich ältere und kränkere Menschen laufen Gefahr, an der Hitze zu sterben, viele Menschen können in der Stadt nicht mehr leben. Das Gleisgelände ist eine wichtige Frischluftschneise, die dringend benötigt wird. Sie einem fragwürdigen Bbauungsprojekt zu opfern, ist gefährlich und verantwortungslos. (...)

Es gibt keinen Zweifel: Heute würde Stuttgart 21 nicht mehr gebaut. Eine Mehrheit der Stuttgarter ist nach wie vor gegen das Projekt. Viele glauben jedoch nicht, dass es noch gestoppt werden kann. Das wird sich erst noch weisen. Bis heute gibt es kein Brandschutzkonzept, die technischen Probleme sind riesig, die Kapazitäten reichen für den Bahnverkehr nicht aus, die Resilienz ist keinesfalls gesichert und eine Fertigstellung ist noch in weiter Ferne.

S21 ist jedoch mehr als nur ein Bahnhofprojekt, es ist ein Symbol für eine gescheiterte Verkehrs- und Bahnpolitik. Gerade die Frage, ob eine nachhaltige Mobilitätswende gelingt, ist eine Schlüsselfrage für die Lösung der Klimakrise. Gerade der Verkehr verfehlt die eigenen Klimaziele jedes Jahr krachend. S21 steht deshalb in einem weit größeren Zusammenhang und für die Zukunft ganzer Generationen, die heute für Klimaschutz auf die Straße gehen. Deshalb ist es so wichtig, dass hier Montag für Montag demonstriert wird, dass es keine Ruhe gibt, dass für eine lebenswerte Zukunft gekämpft wird. Schon Friedrich Schiller hat gesagt: „Nur die Sache ist verloren, die man verloren gibt.“

Noch ist nichts verloren.

nusCard-Inhaber*innen und Rentner*innen, sowie für 15 Euro für alle anderen, bessere Arbeitsbedingungen für die Busfahrer*innen: mehr Personal, höhere Löhne, bezahlte Pausen. Der Klimastreik am 1. März wurde vom Bündnis organisiert, mit knapp 1.000 Menschen war die Demo gut besucht. Unsere Kreisrätin Maggie Paal sprach als Mitglied der Bundestarifkommission von ver.di über das Tübinger Bündnis und warum Klimabewegung und Gewerkschaften gemeinsam für eine soziale und klimagerechte Verkehrswende kämpfen.

Unser Kreisvorstandssprecher Fabian Everding sprach für den Tübinger Arbeitslosentreff darüber, dass zum 1. März endlich das bereits am 30. März 2023 auf Antrag von Linke, SPD und Die Fraktion eingeführte Deutschland-Ticket für Menschen mit KreisBonusCard zum Preis von 15 Euro eingeführt wird. Die Kampagne wird weitergeführt und sich auch an der 1. Mai-Demo beteiligen.

Linke im Unterland: mehr Investitionen für die Verkehrswende

Der Bahnexperte Gerhard Schnaitmann startete beim Jahresempfang der Unterländer Linken im Heilbronner Gewerkschaftshaus mit Positivem: Das 49-€-Ticket als bundesweites Ticket sei ein echter Schritt zu einer Verkehrswende. So kam der Tübinger auch mit der Bahn nach Heilbronn. Ebenfalls das Jugendticket in Baden-Württemberg hält er für gelungen. Allerdings betonte Schnaitmann, dass jetzt weitere Verbesserungen folgen müssen und vor allem der Tarifschub in Deutschland überwunden werden müsse.

Vor allem fehle der verlässliche und gut ausgebaute Takt der öffentlichen Verkehrsmittel. Hier brauche es „Investitionen, Investitionen, Investitionen“. Gerade auch im Raum Heilbronn sei dies deutlich, Reaktivierungen müssen finanziert werden: z.B. die Zabergäubahn, die Bottwartalbahn oder die durchgehende Elektrifizierung der Strecke bis Schwäbisch Hall - Hessental. Dazu zählte er auch Verbesserungen auf der Frankenbahn. Die seit Kriegsende eingleisige Bahnbrücke bei Züttlingen prangerte Schnaitmann an. Die Passivität der Politiker auf allen Ebenen im Unterland sei dafür verantwortlich, dass Heilbronn nicht

im Plan für den Deutschlandtakt einbezogen ist. Auf dem finde sich an der Stelle Heilbronn die Kartenlegende. Schnaitmann attestierte der Heilbronner Politik Versagen, das wirtschaftlich weniger bedeutende Tübingen sei viel besser positioniert.

Die Mitglieder des Kreisvorstandes der Linken, Gisela Schulz und Jürgen Patzelt, eröffneten den auch von vielen Bündnispartnern gut besuchten Jahresempfang. Der Heilbronner Stadtrat Konrad Wanner unterstützte die bahnpolitischen Positionen Schnaitmanns. Er zählte die zahlreichen Initiativen der Linken im Gemeinderat für einen besseren Heilbronner Nahverkehr auf: Viertelstunden-Takt, durchgehende Busspuren, barrierefreie Haltestellen und eine Stadtbahnlinie westlich des Neckars. Das alles erfordere hohe Investitionen. Das Geld dafür fehle, weil die Bundespolitik massiv den Rüstungshaushalt erhöhe. In der Diskussion wurde das ebenfalls betont: an Schulen, bei den Krankenhäusern oder im sozialen Wohnungsbau und im Klimaschutz fehlen Gelder für dringende Investitionen. Bei einem leckeren Buffet und angeregten Diskussionen in kleinen Runden klang der Abend aus.

In 4 Schritten zur 4-Tage-Woche

Von Ates Gürpınar

Mehr als 80 Prozent der Vollzeitbeschäftigten befürworten die Vier-Tage-Woche. Allerdings haben viele Angst vor Lohneinbußen. Darum ist klar: Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich!

Alarmstufe Rot: Der Personalnotstand in Krankenhäusern und Pflegeheimen wird immer dramatischer. Viele Beschäftigte sind ausgelaugt und frustriert ob der schlimmen Arbeitsbedingungen. Zehntausende wechseln jedes Jahr den Beruf oder gehen in Teilzeit. Es finden sich immer weniger junge Menschen für Pflegeberufe, denn die miesen Arbeitsbedingungen haben sich herumgesprochen. Dabei gibt es eine einfache Lösung: 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte stünden durch Rückkehr in den Beruf oder Aufstockung der Arbeitszeit zusätzlich zur Verfügung – „sofern sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege deutlich verbessern“, schreibt Hans-Böckler-Stiftung. Eine 4-Tage-Woche wäre für viele ein Argument, in ihren Beruf zurückzukehren. Das gilt nicht nur für die Pflegebranche. Sozialarbeiter*innen oder Lehrpersonal, die zu wenig Zeit für Kinder und Bedürftige haben, verlassen enttäuscht den Beruf oder reduzieren ihre Stunden, um sich vorm Burnout zu schützen. Die Bahn und viele Verkehrsunternehmen haben Schwierigkeiten, neue Lokführer oder Busfahrer*innen zu gewinnen – während die Beschäftigten über zunehmenden Arbeitsstress klagen.

Arbeitsstress macht krank

Auch die Krankenkassen schlagen Alarm: Immer mehr Menschen macht der Stress auf Arbeit krank. Deutschland arbeitet sich kaputt. Millionen ziehen die Reißleine und gehen in Teilzeit. Sie müssen dafür erhebliche Lohneinbußen und geringere Renten in Kauf nehmen. So kann es nicht weitergehen. (...)

Eine große Mehrheit für 4-Tage-Woche

Doch viele Beschäftigte lassen sich das nicht mehr bieten und fordern nun kürzere Arbeitszeiten: In der Stahlbranche ebenso, wie in der Pflege, bei der Eisenbahn und in den Kitas. Die 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie wurde 1984 durch einen mehr als sechswöchigen Streik erkämpft. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ war damals das Motto. Und es ist weiter

aktuell. 35 Stunden in Vollzeit sind für viele Beschäftigte immer noch Utopie. Höchste Zeit also für die gesellschaftliche Umverteilung von Arbeitszeit. Studien zeigen, dass die Vier-Tage-Woche sowohl Produktivität als auch Wohlbefinden steigert. Mehr als 80 Prozent der Vollzeitbeschäftigten befürworten die Vier-Tage-Woche. Allerdings haben viele Angst vor Lohneinbußen. Darum ist klar: Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich!

Arbeitszeitverkürzung gegen Fachkräftemangel

Die Diskussion um die 4-Tage-Woche und Fachkräftemangel wird von Lindner, Habeck und Arbeitgeberverbänden falsch geführt: Denn auch Firmen haben hier etwas zu gewinnen: Geringere Krankheitskosten, weniger Fluktuation und damit weniger Produktivitätsverluste durch fehlendes, überlastetes oder hastig eingearbeitetes Personal. Gerade in Branchen mit Fachkräftemangel kann eine 4-Tage-Woche

bei gleichem Lohn die Attraktivität der Arbeitsplätze deutlich erhöhen. Die Linke fordert deshalb eine Offensive zur Verkürzung der Arbeitszeit. Das geht nicht ohne starke Gewerkschaften. Durch die EU-Mindestlohn-Richtlinie werden die Staaten der Europäischen Union verpflichtet, neben höheren Mindestlöhnen auch die Tarifbindung auf 80 Prozent zu erhöhen. Die Regierungen müssen bis 2026 einen Plan vorlegen, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Im Zuge dieser Verpflichtung kann auch die Arbeitszeitverkürzung Schlagkraft gewinnen.

So kann die 4-Tage-Woche umgesetzt werden:

1. Anti-Stress-Verordnung:

Das Arbeitsschutzgesetz verpflichtet Unternehmen schon jetzt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Gesundheit der Beschäftigten zu schützen. Das beinhaltet ausdrücklich auch psychische Belastungen. Es wird nur bisher kaum umgesetzt und nicht kontrolliert. Die Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Verordnung zum Schutz vor psychischen Belastungen bei der Arbeit. Eine Anti-Stress-Verordnung konkretisiert analog zu anderen Gefahrenverordnungen im Arbeitsschutz die Pflichten der Unternehmen. Sie erleichtert damit auch Gewerkschaften und Betriebsräten die Durchsetzung gesundheitsförderlicher Arbeitsbedingungen. Das Arbeitsschutzgesetz verbietet Unternehmen, Kosten für den Gesundheitsschutz auf

„Die 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie wurde 1984 durch einen mehr als sechswöchigen Streik erkämpft.“

die Beschäftigten umzulegen. Das bedeutet auch, dass zur Reduktion der Belastungen ein Lohnverzicht ausgeschlossen sein sollte.

2. Wahlarbeitszeitgesetz:

Ein gesetzliches Recht auf Wahlarbeitszeiten ermöglicht, dass flächendeckend in den Betrieben Arbeitszeitmodelle umgesetzt werden, die an unterschiedliche Lebenssituationen angepasst sind. Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) hat dazu ein Konzept vorgelegt. Beschäftigte erhalten demnach einen individuellen Rechtsanspruch auf Änderung ihrer Arbeitszeit. Die Tarifparteien erarbeiten Optionen für die Ausgestaltung in den jeweiligen Betrieben. Das Gesetz gilt für Betriebe aller Größen und Branchen. Die Besonderheiten kleiner Betriebe und bestimmter Tätigkeiten können in betrieblich angepassten Arbeitszeitkonzepten berücksichtigt werden. Die Betriebsräte müssen zwingende Mitbestimmungsrechte bekommen, um den erforderlichen Personalausgleich durchsetzen zu können. Gleichzeitig müssen die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz beseitigt werden. Der 8-Stunden-Tag ist gesetzlich als Regel festzuhalten.

3. Öffentliche Betriebe als Vorbild

Viele Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen stehen vor dem Kollaps, weil es an Personal fehlt. In den kommenden Jahren gehen Millionen Angestellte und Beamt*innen in den

Wären die Löhne und Arbeitsbedingungen gut, bräuchte es keine Streiks

Aus der Bundesgeschäftsstelle

Auch in den vergangenen Wochen wurde wieder gestreikt. Das Sicherheitspersonal an den Flughäfen und die bei der GDL organisierten Eisenbahner. Die Flughafenbeschäftigten fordern, dass die Profite nicht auf ihre Kosten gemacht werden. Sondern dass die Unternehmen den Beschäftigten einen echten Inflationsausgleich zahlen. Das ist das Mindeste für die anstrengende Arbeit, die ohnehin nicht gut genug bezahlt wird. Es geht darum, dass die Kaufkraft der Beschäftigten erhalten bleibt. Aber es geht dabei auch um Würde und um Respekt für die Arbeit. Die Eisenbahner der GDL setzen sich weiterhin dafür ein, dass 35 Stunden im Schichtdienst genug sind.

Das Personal von Ampelregierung und Union findet es langsam genug der Streiks. Aber sie fordern nicht vom Management der Unternehmen, vernünftige Löhne zu zahlen und ordentliche Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit Ruhe einkehrt. Sondern die Beschäftigten sollen hinnehmen, dass es für ihr Leben, ihre Familien und ihre Wünsche angeblich nicht reicht. Für Dividenden ist Geld da und für Bonuszahlungen an die Manager. Aber von Schreibtisch und vom Treffen mit den Unternehmern rufen sie den Schichtarbeiterinnen zu, dass sie künftig länger und nicht kürzer arbeiten müssten. Selbst Wirtschaftsminister Habeck sagte laut ZDF, dass es langsam genug sei mit den Streiks für kürzere Arbeitszeit. Und statt auf den Lohn zu schießen, sollen die Arbeiterinnen akzeptieren, dass es nicht drauf ankäme, ob die Bezahlung zum Leben reicht.

Solidarität mit den Beschäftigten bei Landleibe

Von Florian Vollert, Heilbronn

Die Linke Heilbronn-Unterland erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten bei Landleibe, deren Standorte in Heilbronn und Schefflenz mit 400 Beschäftigten nun geschlossen werden sollen.

Der Konzern Müller (Müller Milch, zuletzt wegen AfD-Nähe des Besitzers in den Schlagzeilen) mit Sitz in Luxemburg hat 2023 die Marke Landleibe aufgekauft. Die zeitliche Nähe zur jetzigen Schließung lässt vermuten, dass von Anfang an die Werke geschlossen werden

Ruhestand, während das Arbeitskräftepotenzial aufgrund des Geburtenrückgangs schrumpft. Fachkräfte kommen nur, wenn die Arbeitsbedingungen attraktiv sind. Eine Arbeitszeitverkürzung kann dabei helfen, Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Die Regierung muss eingreifen und die Arbeitszeit zügig mit vollem Lohnausgleich reduzieren. Denkbar ist eine schrittweise Reduzierung auf 32 Stunden pro Woche. Das erlaubt die Anpassung der Abläufe an die vorhandene Arbeitskapazität und ermöglicht auch Berufsrückkehrern und Teilzeitkräften eine verlässliche Perspektive. Das spart zudem Krankheitskosten und entlastet die Kassen. Die Regierung schafft so einen Standard auf dem Arbeitsmarkt, an dem sich auch die private Konkurrenz orientieren muss, wenn sie neue Fachkräfte gewinnen will.

4. Kleine Firmen unterstützen

Betriebe mit wenig Umsatz und Gewinn brauchen Hilfe bei der Umstellung auf die Vier-Tage-Woche. Für sie kann der Übergang zum Vier-Tage-Modell mithilfe von zeitlich begrenzten Lohnzuschüssen erleichtert werden. Ein Beispiel ist das Modellprojekt in Spanien: Die Regierung fördert Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten beim Erproben der 4-Tage-Woche. Neben den Löhnen werden dabei auch Kosten für die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle bezuschusst. Öffentliche Unterstützung sollte dabei stets an die Erweiterung zwingender Mitbestimmung gebunden sein.

Aber das stimmt nicht: es kommt auf die Vergütung an, ob es reicht für Miete, Essen, den Schulausflug der Kinder und einen Urlaub mit der Familie. Und wir brauchen kürzere Arbeitszeiten, damit Zeit für die Familie, die Kinder, die Pflege der Eltern, für Erholung und zum Leben bleibt.

Wie alle Jahre wieder gibt es auch das öffentliche Geschrei, das Streikrecht einzuschränken. Weil kritische Infrastruktur für alle notwendig ist. Deswegen waren die Beschäftigten in diesen Bereichen früher gut bezahlte öffentliche Beschäftigte und Beamte. Die gute Behandlung der Beschäftigten schien der Regierung später nicht mehr nötig. Die kritische Infrastruktur wurde privatisiert und Löhne und Arbeitsbedingungen in vielen Bereichen abgesenkt. Die Beschäftigten versuchen durch Streiks jetzt wieder eine annehmbare Höhe durchzusetzen. Das ist richtig so. Gleichzeitig sind von Streiks z.B. der Bahn vor allem Arbeitnehmende betroffen, die zum Beispiel zur Arbeit wollen. Es muss deshalb im gemeinsamen Interesse aller liegen, dass alle gute Arbeitsbedingungen und -zeiten haben. Das braucht es auch, wenn das Land funktionieren soll.

Das kann die Regierung für anständige Löhne tun:

- Gesetzlicher Mindestlohn hoch auf 15 Euro
- Öffentliche Aufträge nur an Unternehmen mit Tarifvertrag
- Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklären
- Auslagerung auf Subunternehmen und Leiharbeit stärker regulieren.

sollten und man einen Konkurrenten loswerden wollte. Das Management hat jahrelang keine Investitionen getätigt und behauptet jetzt, das Werk sei unwirtschaftlich.

„Die Linke Heilbronn-Unterland schließt sich dieser Forderung an: Nein zur geplanten Werksschließung in Heilbronn und Schefflenz.“

Die Beschäftigten, der Betriebsrat und ihre Gewerkschaft NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten) fordern von Müller, von den Schließungsplänen Abstand zu nehmen und das Werk zukunftsfähig zu machen.

Die Linke Heilbronn-Unterland schließt sich dieser Forderung an: Nein zur geplanten Werksschließung in Heilbronn und Schefflenz.

„Stellt Euch vor, Karlsruhe gehört allen“

Redebeitrag von Christiana Zacharias am Frauentag

Stellt euch vor, Karlsruhe würde uns allen gehören. Stellt euch vor, unsere Bedürfnisse stünde im Zentrum. Wir könnten uns als Kinder frei entfalten und später zufrieden alt werden, wohnen, wie und wo wir wollen, und uns frei in Stadt bewegen und alle gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Aber die Realität sieht anders aus und die Folgen davon spüren wir tagtäglich: selbst in essenziellen Bereichen, wie der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der Absicherung von Rentner*innen wird gespart. Pflegeplätze fehlen und Kitas bleiben geschlossen, weil die wenigen Erzieher*innen überlastungsbedingt krank geworden sind. Wohnungen sind kaum noch bezahlbar, und in Frauenhäusern oder Wohnungslosenunterkünften gibt's schon lange keine freien Plätze mehr. Gelder und Stellen werden so gekürzt, dass vor allem Migrant:innen, queere Menschen und von Gewalt betroffene Frauen darunter leiden.

Städte werden weiter vor allem für's Auto angelegt und nicht mal das Prestige-Projekt von Karlsruhe, die neu gebaute U-Strab ist wirklich barrierefrei.

Und von der Politik hören wir vor allem, dass kein Geld da ist, dass sie ja genau so hilflos sind und dass es gar keine andere Möglichkeit gibt, als den Status Quo zu erhalten.

Wir sind aber der Überzeugung, dass eine andere Welt möglich und dringend nötig ist. Karlsruhe muss endlich eine Stadt werden, in der das Leben aller Menschen im Zentrum steht und das unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialer Schicht und auch unabhängig vom Geldbeutel, liebe Karlsruher*innen!

Wir müssen Städte radikal umdenken. In einer Stadt, die uns gehört befindet sich die notwendige Struktur wie Kliniken oder Schulen in der Nähe der eigenen Wohnung und Straßen sind so angelegt, dass Frauen und queere Menschen keine Angst mehr vor Gewalt haben müssen. Alles kann bequem zu Fuß oder per Rad erreicht werden und der barrierefreie Nahverkehr ist kostenfrei und zuverlässig.

Es ist endlich an der Zeit für eine Stadt, die für alle da ist!

Im kapitalistischen System taucht Sorgearbeit bisher nur als Kostenfaktor auf, der dem Profit im Wege steht. Das Private ist noch nicht politisch und Care-Arbeit wurde sehr erfolgreich ins Häusliche abgedrängt. Diese Arbeit wird immer noch vor allem von Finta-Personen übernommen - meistens unbezahlt und macht nebenher einen Vollzeitjob oft unmöglich. Deshalb sind Menschen mit großer Sorgverantwortung öfter von Altersarmut betroffen. Kapitalismus trifft patriarchale Abwertung von FINTA - und das ist ein untragbarer Zustand, liebe Freund*innen!

In der Corona-Pandemie wurde uns nochmal bewusst, welche gesellschaftlichen Arbeiten überhaupt systemrelevant sind und deshalb keinem Profitgedanken unterworfen werden dürfen.

Der Schluss daraus ist: diese Bereiche und damit das gesamte Feld der Sorgearbeit ist zu wichtig, um es dem Markt zu überlassen und muss deswegen vergesellschaftet werden.

Eine Sozialisierung der Sorgearbeit wirkt doppelt: wichtige Sektoren werden gemeinschaftlich organisieren und die Eigentumsordnung als Klassenverhältnis wird umgebrochen. Im Fall von Sorgearbeit bedeutet das nicht nur, dass Krankenhäuser, Pflegeheime oder Kitas in öffentliche Hand kommen, sondern auch, dass wir unbezahlte Sorgearbeit endlich aus der geschlechtlichen Zuweisung zu



holen.

Umverteilung von Sorgearbeit bricht die traditionelle, geschlechtliche Arbeitsteilung. Damit entsteht die Möglichkeit die binäre Anordnung von Geschlecht und damit hierarchische Geschlechterverhältnisse hinter uns zu lassen. Durch diese Hierarchie wurde Frauen unentgeltliche, wichtige Arbeit aufdrückt. Alles unter dem Deckmantel der Liebe und Fürsorge natürlich, die uns zugeschrieben wurden.

In einer Stadt, wie wir sie denken, läge diese Arbeit eben nicht mehr in privater, sondern in gesellschaftlicher Verantwortung.

Das alles mag nach einer unerreichbaren Utopie klingen. Doch andere Städte machen bereits vor, wie sie Wirklichkeit werden kann: Barcelona bietet eine sogenannte „Care-Karte“ an, die Menschen mit häuslicher Sorgverantwortung entlastet. Sie garantiert den Zugang zu städtischen Sorgeinfrastrukturen und sozialen Diensten.

Spielplätze die sonst oft etwas abgelegen liegen, sind in Madrid Teil eines Parks, im dem es auch Angebote für andere Generationen und Gruppen gibt.

Das alles sind vermeintlich kleine Bereiche bzw. oft auch nur Projekte innerhalb einer einzigen Stadt, aber es ist wichtig, auch solche kleinen Schritte zu sehen und im Kampf gegen das patriarchale, kapitalistische System hervorzuheben. Das Plädoyer für eine linke Politik in den Städten bedeutet nicht, globale Probleme zu ignorieren, sondern sowohl lokale als auch internationale Aspekte anzuerkennen. Städte sind lokale Knotenpunkte, wo Vielfalt Teil des Alltags ist. Hier vereinen sich Initiativen aus dem Care-Bereich zusammen mit stadtpolitischen und antirassistischen Akteur*innen. Hier schaffen wir eine intersektionale Perspektive, eine Vergesellschaftungsdebatte, hier können Mehrheiten entstehen.

Sorgende Städte sind also nicht einfach nur kommunalpolitische Träumereien - nein, sie sind konkret planbare Utopien mit radikalem Umdenken, das Antworten auf die Probleme gibt, mit denen wir im realen Leben konfrontiert sind. Wir müssen also den Mut haben, diese utopische Praxis von unten aufzubauen - denn der Sozialismus ist feministisch!

„Das alles mag nach einer unerreichbaren Utopie klingen. Doch andere Städte machen bereits vor, wie sie Wirklichkeit werden kann“

Vor 30 Jahren erster Frauenstreiktag

Von Heidi Scharf

1994 fand der erste Frauenstreiktag in Deutschland statt. Es bildeten sich in vielen Städten Streikkomitees, die sich aus verschiedensten Frauengruppen und -organisationen zusammensetzten. So auch in Stuttgart.

Der Streikbegriff wurde in den vielen Diskussionen auch erweitert (gemeint waren auch Aktionen im Betrieb wie verlängerte Pausen oder auch Aktionen mit einem Zwillingswagen in einen ICE einzusteigen oder Sand ins Getriebe zu streuen).

Der DGB konnte sich nicht durchringen zu einem Frauenstreiktag aufzuführen. Hinderungsgrund war, dass ein politischer Streik in Deutschland verboten sei. Konsequenz war die Sichtweise, dass es keinen politischen Streik geben dürfe nicht, denn gegen die Nachrüstung zu Hochzeiten der Friedensbewegung oder gegen rassistische Morde, hatten sie sehr wohl zu Streiks, wenn auch nur wenige Minuten aufgerufen.

Der DGB rief jedoch zu betrieblichen Aktionen auf, die ja auch schon die Jahre vorher in den Betrieben stattfanden.

Das Motto war: UNS REICHT'S - heraus zum Frauenprotest.

Mehr oder weniger haben Gewerkschaftsfrauen jedoch bundesweit vor Ort die Frauenstreikaktionen unterstützt, so auch in Stuttgart.

In Stuttgart hatten die Frauen beschlossen sich auf dem Karlsplatz zu treffen zur Auftaktkundgebung.

Auf dem Karlsplatz wurde das Reiterdenkmal mit einem Gerüst ummantelt und an jeder der 4 Seiten hingen Porträts von bekannten Stuttgarter Frauen u.a. von Clara Zetkin (die große Vordenkerin der proletarischen Frauenbewegung) und von Else Kienle (die in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts für das Recht auf Abtreibung gekämpft hatte).

Der Karlsplatz selbst wurde in Clara-Zetkin-Platz umbenannt. Im Gemeinderat bzw. durch den damaligen OB wurde eine Umwidmung des Platzes strikt abgelehnt jedoch am 8. März der Kurt-Georg-Kiesinger-Platz eingeweiht. Das hat die anwesenden Frauen ziemlich erzürnt. Nachdem die Auftaktkundgebung zu Ende war, haben sich die Frauen geteilt und sind rechts und links um das Areal herumgelaufen und auf einmal waren alle Frauen auf dem Charlottenplatz, mit Kind und Kegel wie Mensch so schön sagt. Der Ruf kam durch



die Megafone „Charlotte nimmt sich ihren Platz“. Alle waren begeistert und wir hissten eine Fahne zum Frauentag an der Säule mitten auf dem Platz, die noch Monate später dort flatterte.

Worum ging es den Frauen? Bis zu diesem Zeitraum mussten alle Menschen, wenn sie die breiten Straßen überqueren wollten unten den Straßen durch die Unterführungen, was mit Kinderwagen, Rollstuhl oder vollbepacktem Fahrrad schier unmöglich war.

Das Ergebnis dieses Frauenstreiktages war und ist, dass mittlerweile alle Menschen überirdisch über diese breiten Straßen gehen können. Eine große Erleichterung für alle.

Diese „illegale“ Straßenbesetzung und auch, dass die Lautsprecheranlage später auf dem Marktplatz 30 Minuten zu früh eingeschaltet war, führten zur Anklage von 2 Frauen (Barbara Graf und Heidi Scharf). Das Strafmaß, das die (m.M. nah bewusst) ausgewählte Staatsanwältin gefordert hatte, belief sich auf 7.500 DM je Person.

Bei dem Prozess war der Raum völlig überfüllt mit Frauen, Kindern und Männern. Alle wollten miterleben wie dieses Exempel verhandelt wird.

Wir hatten auch den Eindruck, dass sogar dem Richter die 7.500 DM viel zu hoch waren. Als Ergebnis musste jede 600 DM an eine selbstgewählte Frauenorganisation gegen Einstellung des Verfahrens bezahlen. Schon im Gerichtssaal hatten die Teilnehmenden fast den ganzen Betrag gespendet.

Dieses Gerichtsverfahren war das einzige bundesweit und hat an diesem Tag großes Aufsehen erregt. In allen dritten Programmen Landesweit wurde berichtet. Die Stadt Stuttgart bzw. ihre Mehrheitsvertreter:innen waren damit öffentlich richtig blamiert. Vielleicht hat das dann auch dazu beigetragen, dass die Straßenübergänge seit dieser Zeit überirdisch sind.

Fazit: Manchmal muss frau/man über ihren/seinen Schatten springen. Mit zielgerichteten und witzigen Aktionen kann auch viel erreicht werden.

8. März in Nellingen

Der Kreisverband Esslingen umfasst ungefähr 185 Orte (Städte, Dörfer, Weiler, Höfe, Wohnplätze) und ist mit mehr als 540.000 Einwohnern der drittgrößte Landkreis in Baden-Württemberg und der siebtgrößte Deutschlands. Der Landkreis gehört zur Region Stuttgart im Regierungsbezirk Stuttgart.

Wir haben derzeit drei Sitze im Kreistag und fünf in Gemeinderäten (drei in Esslingen am Neckar und je einen in Leinfelden-Echterdingen und Ostfildern). Den winterlichen Temperaturen am Internationalen Frauentag trotzend zauberten wir in Ostfildern-Nellingen mit Veilchen ein Lächeln in die Gesichter vieler kleiner und großer Wochenmarktbesucher. Selbst die Herren vom CDU-Infostand gratulierten Dr. Jutta Zwaschka (Gemeinderätin Ostfildern) und Brigitta Meyer aus Filderstadt mit einer Rose zum 8. März. Jutta kandidiert erneut für den Gemeinderat Ostfildern, Brigitta Meyer für den Kreistag und die Regionalversammlung.



Landes-Antidiskriminierungsgesetz hilft Betroffenen

von Zenobya Mubarak

Mit dem Aufruf „Diskriminierungsschutz gewährleisten – die Schutzlücke schließen“ hat im März 2021 ein breites gesellschaftliches Bündnis von Vereinen, Gewerkschaften, Betroffenenorganisationen, Berufs- und Wohlfahrtsverbänden sowie Religionsgemeinschaften die bestehenden Lücken im Diskriminierungsschutz im Bereich des öffentlichen Rechts kritisiert und ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für Baden-Württemberg gefordert.

Ein Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) würde immer dann gelten, wenn in Baden-Württemberg der Staat auf seine Bürger:innen trifft. Das LADG erstreckt sich in Abgrenzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), welches lediglich den zivil- und arbeitsrechtlichen Bereich abdeckt, auf öffentlich-rechtliches Handeln und schafft somit ein Instrument, um Diskriminierungen, die von staatlichen Stellen ausgehen, zu ahnden. Neben Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen sieht es ein Verbandsklagerecht, eine Beweiserleichterung mittels Indizienbeweis, einem im Vergleich zum AGG erweiterten Merkmalskatalog, die Etablierung einer Ombudsstelle sowie umfassende Maßnahmen zur Förderung einer „Anti-Diskriminierungskultur“ vor. Mittels eines Verbandsklagerechts sollen nicht nur einzelne Vorfälle verfolgt werden: Erkennen anerkannte Verbände bei Verwaltungshandlungen und -verfügungen diskriminierende Verstöße, können sie dagegen klagen. Die Beweiserleichterung soll es diskriminierten Personen erleichtern, Verbesserungen einzufordern.

Die Behauptung der Gemeinde-, Städte- und Landkreistage in Baden-Württemberg, dass das LADG ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Verwaltungen impliziert, ist übertrieben. Aynur Karlikli, Landesmigrationsbeauftragte der Linken Baden-Württemberg, erklärt: „Das Ziel des LADG ist es, Betroffenen ein Instrument zur Verfügung zu stellen, um sich zu verteidigen, wenn die Selbstverpflichtung der öffentlichen Behörden zur Gleichbehandlung nicht wie erwartet funktioniert. Einfach zu sagen, man diskriminiere nicht, reicht nicht. Auch haben die Erfahrungen in Berlin gezeigt, dass von der Kritik der Behörden – ein Landesantidiskriminierungsgesetz sei unnötig und behindere Behörden nur in ihrer Arbeit – nicht viel geblieben ist. Die befürchtete Klagewelle ist ausgeblieben.“

Frei von Diskriminierung zu leben ist ein Menschenrecht und sollte auch in Baden-Württemberg Realität werden – ein baden-württembergisches Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Im Bereich des Antidiskriminierungsrechts fällt das Bundesrecht leider

immer noch hinter europarechtlichen Vorgaben zurück. Viele dieser Vorgaben können zudem ausschließlich auf Landesebene umgesetzt werden. „Unsere Forderungen setzen deshalb nicht nur europarechtliche Vorgaben um, in dem sie den Diskriminierungsschutz gegenüber dem Staat durchsetzen und den Betroffenen eine Beweislastermäßigung ermöglichen“, sagt Sahra Mirow, Landessprecherin der Linken Baden-Württemberg, „sondern stellt Bürger:innen auch die nötigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in Form einer Ombudsstelle zur Seite. Wir fordern außerdem Module zum Thema Diskriminierung in Berufsausbildungen und Studiengängen, Fortbildungsmaßnahmen, sowie systematische Untersuchungen von behördlichen Abläufen mit Blick auf ihr Diskriminierungspotential. Es ist darauf hinzuwirken, Ungleichbehandlungen auf Grund des Erscheinungsbildes, des sozioökonomischen Status, von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit, Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus abzubauen.“

Fakt ist, dass es auch in Baden-Württemberg Diskriminierung gibt – viele Menschen spüren das im Alltag und im Umgang mit Behörden. Oft ist sie dabei nicht sichtbar und struktureller Natur. Das LADG soll Betroffene besser davor schützen. Alle Formen von Diskriminierung müssen auch in Ämtern und Behörden beseitigt werden. Kommt es etwa zu einer rassistischen Diskriminierung durch die Polizei, können Betroffene Schadensersatz erlangen. Eine Antidiskriminierungsstelle soll ihnen dabei helfen, aber auch als Ombudsstelle für eine gütliche Einigung bereitstehen. Elwis Capece, Landessprecher der Linken Baden-Württemberg, sagt: „Allein auf Rassismus als Form von Diskriminierung zielt unser Positionspapier aber nicht. Es gibt auch ganz andere Merkmale von Diskriminierung: das Alter etwa, das Körpergewicht oder der soziale Status. Auch ist der Blick nicht nur auf polizeiliches Handeln gerichtet: Diskriminierung gibt es in allen Lebensbereichen, etwa in der Schule. Studien haben bereits nachgewiesen, dass Kinder mit ausländisch klingendem Namen bei gleicher Leistung schlechtere Noten bekommen als Kinder mit typisch deutschem Namen. Auch dagegen sieht die Linke Baden-Württemberg im LADG einen Hebel.“

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

HÄLT DIE «BRANDMAUER»? STRATEGIEN GEGEN RECHTS VOR ORT IN DER KOMMUNALPOLITIK

Landesweites Seminar am 13. April, Kursaal, Königsplatz 1, 70372 Stuttgart-Bad Cannstatt

Vorstellung einer aktuellen Studie - Überblick zu rechten Netzwerken in Baden-Württemberg - Austausch zum Umgang mit Rechten in kommunalen Gremien. *Anmeldung: bw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/6HKEQ*

GEWERKSCHAFTSRATSCHLAG 2024: TARIFBINDUNG & GUTE ARBEIT IN DER KOMMUNE STÄRKEN

11. Mai, 10:00 - 17:00 Uhr, DGB-Haus Karlsruhe, Ettlinger Str. 3a, 76137 Karlsruhe

U.a. mit Prof. Wolfgang Däubler (Arbeitsrechtler), Sahra Mirow (LINKE-Landessprecherin), Falko Blumenthal (IG Metall), Elwis Capece (Geschäftsführer NGG Mittelbaden-Nordschwarzwald)

Mit vielen spannenden Inputs aus Praxis und Theorie diskutieren wir: Welche Erfahrungen gibt es im Kampf um kommunale Zulagen? Welche Chancen ergeben sich durch eine enge Vernetzung mit der bzw. Druck auf die Kommunalpolitik? Welche Spielräume eröffnet das Vergaberecht den Kommunen, für eine Stärkung der Tarifbindung? Welche rechtlichen Ansatzpunkte und Praxisbeispiele gibt es zu Wiederherstellung von Tarifbindung? Wie lässt sich insbesondere in bisher organisationsschwachen Branchen wie dem IT-Sektor oder in Bereichen prekärer Beschäftigung gewerkschaftliche Organisationsmacht ausbauen?

Infos und Anmeldung: bw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/2GWGF

40 JAHRE KAMPF UM DIE 35-STUNDEN-WOCHE

Kulturprogramm am 11. Mai & Tagung am 29. Juni, jeweils Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20

Am 14. Mai begann der Arbeitskampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche in der westdeutschen Druck- und Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg, am 29. Juni die Urabstimmung über den Schlichtungsspruch. Wie liefen die Kämpfe damals ab? Wie kann der Brückenschlag ins Heute für eine Politik kollektiver Arbeitszeitverkürzung beginnen. *Infos und Anmeldung: bw.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/2GWGF*

Infos und Kontakt: bw.rosalux.de | mail: bawue@rosalux.org | Tel. 0711 99 79 70 90
V.i.S.d.P.: Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart

Konturen eines neuen Sozialismus-Konzepts:

Ökologischer und demokratischer Sozialismus als Leitbild gegen Rechts: Die Theodor Bergmann Lectures 2024 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

Von Alexander Schlager

Im Jahr 2016 konnte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg zu Ehren des 100. Geburtstages ihres Freundes und Ratgebers Theodor Bergmann im Stuttgarter Waldheim Clara Zetkin ein Kolloquium ausrichten, das sein politisches und wissenschaftliches Leben als Antifaschist, antistalinistischer Kommunist, Agrarwissenschaftler und Internationalist würdigte. Am 12. Juni 2017 ist Theodor Bergmann verstorben. Mit den jährlich stattfindenden Theodor Bergmann Lectures halten wir sein politisches Erbe lebendig, indem wir die zentralen Herausforderungen für heutige linke Politik diskutieren, die sein Denken vor dem Hintergrund seiner geschichtlichen Erfahrungen immer bestimmt haben.

Die siebten Theodor Bergmann Lectures am 10. März 2024 in Stuttgart gingen der Frage nach, wie die Linke mit dem Leitbild eines grünen Sozialismus ein „Hoffnungsszenario“ (Dieter Klein) entwerfen und popularisieren kann, das in der Lage ist, soziale Bewegungen zu verknüpfen, Kämpfe zu orientieren und den spaltenden Erzählungen der Rechten ein inklusives und solidarisches Projekt entgegenzusetzen und damit deren Einfluss in der Gesellschaft zurückzudrängen. In den massenhaften Protesten gegen neurechte „Remigrations“-Pläne sah Richard Detje, Redakteur der Zeitschrift „Sozialismus“, ein Mut machendes Ereignis gesellschaftlicher Mobilisierung zur Verteidigung der Demokratie, das es zu verstetigen und mit weiteren linken Inhalten zu verbinden gelte. Um dauerhaft wirksam zu sein, müsse der Protest mit der Organisation einer politischen Bildungsoffensive verbunden werden, die Menschen mit ihren Erfahrungen im Alltag und in den Betrieben anspricht. Dass linke Politik am Ziel des Sozialismus festhalten und die Klassenbasis des linken Projekts gerade angesichts der Realitäten einer „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Klaus Dörre) bewahren muss, diese Einschätzung teilte Richard Detje mit Dieter Klein.

Das langjährige Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellte in seinem Beitrag Konturen eines modernen Sozialismus-Konzepts vor, die dort in den letzten Jahren entwickelt wurden. Moderne sozialistische Politik halte am Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung fest, stelle Kämpfe um soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt, beharre auf der Notwendigkeit, die kapitalistischen Eigentums- und die sich aus diesen ergebenden Herrschaftsverhältnisse umzuwälzen und betone das Kommunistische des sozialistischen Projekts. Gleichzeitig müssten diese Prinzipien dialektisch mit Widersprüchen vermittelt werden. Kollektiveigentum müsse die Einflussnahme des Einzelnen und sozialer Gruppen ermöglichen und auf individuelle Bedürfnisbefriedigung abzielen. Die Freiheit des Einzelnen sei die Bedingung der Freiheit aller und nicht umgekehrt, individuelle Menschenwürde konstitutives Element sozialistischer Vergesellschaftung, Frieden und eine intakte Umwelt Grundlage einer Gesellschaft, die allen gleiche Teilhabe an ihren materiellen Grundlagen und damit individuelle Selbstentfaltung ermögliche. Kulturvoll und solidarisch innerhalb von Widersprüchen, die aus der Struktur der Gesellschaft selbst resultierten, Politik zu machen, nach innen wie nach außen und nicht den eigenen Standpunkt als einzig richtigen zu verabsolutieren, müsse die Linke wieder und immer wieder neu lernen, wenn sie eine Zukunft haben wolle.

„Kollektiveigentum müsse die Einflussnahme des Einzelnen und sozialer Gruppen ermöglichen und auf individuelle Bedürfnisbefriedigung abzielen. Die Freiheit des Einzelnen sei die Bedingung der Freiheit aller und nicht umgekehrt, ...“

Die Vermittlung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit mit einer Politik der ökologischen Nachhaltigkeit ist ein Anliegen, das der Jenaer Soziologe Klaus Dörre seit Jahren als Wissenschaftler und politisch eingreifender Intellektueller vorantreibt. Linke Politik auf der Höhe der Zeit müsse die „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ des globalen Kapitalismus in ihrer Dringlichkeit ernst nehmen. Ein Kapitalismus, dem der Weg, durch Wachstum soziale Konflikte zu befrieden zunehmend verstellt werde, tendiere dazu, Zuflucht zu autoritären „Lösungen“ zu nehmen und erkämpfte demokratische und soziale Errungenschaften anzugreifen. Auf der anderen Seite ergäben sich in dieser Krisenkonstellation Chancen für neue Klassenbündnisse zwischen gewerkschaftlich-betrieblichen, auf Auswege aus der Klimakrise orientierten und parteilinken Akteuren, deren Anliegen in eine gemeinsame neue linke Erzählung fließen müssten. Die Überschriften einer solchen verbindenden Erzählung könnten lauten: Stärkung des Öffentlichen, kollektive Verfügung über die zentralen Entscheidungen der Produktion sowie die Entwicklung einer gemeinwohl- und gebrauchswertorientierten Qualitätsproduktion langlebiger Güter.

Im abschließenden Teil der Theodor Bergmann Lectures wurden verschiedene Einstiegsprojekte für die Wiedergewinnung sozialistischer Handlungsfähigkeit diskutiert. Aila Salatovic, aktiv bei Fridays for Future Stuttgart und in der Kampagne #Wirfahrenzusammen, gab einen Einblick in die Praxis der Kampagne, in der ver.di und Aktivist:innen aus der Klimabewegung einen neuen Schulterschluss erproben und an dem arbeiten, was Klaus Dörre den „climate turn“ der Arbeiterbewegung

und den „labour turn“ der Umweltbewegung nennt. Der Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg Philipp Frey, der sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit Theorie und Praxis von Arbeitszeitverkürzung beschäftigt, berichtete über positive Erfahrungen mit der Einführung einer 4 Tage-Woche – international und in Deutschland. Er plädierte dafür, die Forderung nach einer substantiellen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu einer zentralen Forderung der Linken für die nächsten Jahre zu machen. Hierbei handle es sich um eine mobilisierungsfähige Forderung im Hier und Jetzt mit gleichzeitig utopischem Überschuss. Mit ihr lasse sich an einem verallgemeinerungsfähigen, branchenübergreifenden Interesse ansetzen und so Klassenmacht aufbauen und zugleich könne damit an Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit angeknüpft werden. Und schließlich vermittelten Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung das individuelle Bedürfnis nach Freiheit und Selbstbestimmung über das eigene Leben mit einem kollektiv geteilten arbeitsmarkt- und verteilungspolitischen Gut der gesamten Arbeiterklasse. Axel Burkhardt, Wohnraumbeauftragter in Tübingen, stellte dar, welche Herausforderungen sich Kommunen stellen, wenn sie versuchen, einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Wohnen für die Mehrzahl der Menschen wieder leistbar wird. Auch hier wurde deutlich, dass das Freiheitsgut Wohnen nur dann im Interesse der Menschen für alle bezahlbar bereitgestellt werden kann, wenn Marktmechanismen zurückgedrängt werden und die Interessen der Nutzenden des Guts dominieren. Eine neue Wohngemeinnützigkeit, kommunale Mietobergrenzensatzungen und harte Vorkaufsrechte für Kommunen mit preislichen Obergrenzen seien Forderungen, um die herum linke Kämpfe organisiert werden könnten.

Gemeinsam gegen Rechts – Solidarisch, sozial, stark in den Kommunen

Landesvorstand Die Linke Baden-Württemberg, 16. März 2024

Seit der Veröffentlichung der Korrektiv Recherche im Januar sind Millionen Menschen in Deutschland gegen die menschenverachtenden Deportationspläne der AfD auf die Straße gegangen.

Wir sind Teil der Massenproteste gegen die AfD und den Rechtsruck in Deutschland. Wir beteiligen uns als Die Linke an den verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen in Baden-Württemberg. Wir sind in vielen Orten Teil von Bündnissen gegen Rechts, für Vielfalt und eine bunte und offene Gesellschaft. Häufig haben wir diese Bündnisse schon vor Jahren mitgegründet oder mitaufgebaut. Die Linke ist für antifaschistische und anti-rassistische Initiativen und Ortsgruppen ein langjähriger und verlässlicher Partner im Kampf gegen Rassismus und gegen Rechts. Ein Beispiel: Als Kommunalpolitiker:innen haben wir gemeinsam mit Seebrücke dazu beigetragen, dass viele Städte in Baden-Württemberg „Sichere Häfen“ sind. Wir verbinden die Bündnisarbeit mit einer glaubwürdigen Oppositionspolitik in den Kommunen und im Bund.

Wir sehen in den aktuellen Demonstrationen gegen die AfD die Chance bestehende Bündnisstrukturen gegen Rechts zu stärken und bringen uns in diese ein. Wir gehen in neue, breite Bündnisse mit Beteiligung der Regierungsparteien, wenn diese eine Lücke vor Ort schließen. Wir bringen uns aktiv in diese Bündnisse ein und nutzen unsere Beteiligung für Kritik an einer verfehlten Politik in Baden-Württemberg und im Bund und stärken damit linke Positionen. Diese Bündnisse dürfen kein Feigenblatt für die verantwortlichen Regierungsparteien werden. Die Politik auf Landes- und Bundesebene hat die soziale Schere weiter verschärft. Um die Demokratie zu stärken, braucht es mehr soziale Sicherheit durch Umverteilung. Landesweit sind wir Teil des Bündnisses „Für Demokratie und Grundrechte“, bei dem sich über 80 Organisationen, Verbände und Parteien beteiligen.

Unsere Aufgabe ist es, den Finger in die Wunde zu legen. Wir benennen die materielle Grundlage der Rechtsentwicklung: eine verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik, Inflation und wachsende Unsicherheit bieten den Nährboden für den Aufstieg der AfD. Die Regierungsparteien müssen dafür die politische Verantwortung übernehmen. Wir kritisieren den deutlichen Rechtsruck aller Parteien. Um nur einige Beispiele der letzten Wochen zu nennen: Mit der Verschärfung der Abschiebebesetzgebung („Rückführungsverbesserungsgesetz“), der Einführung von GEAS, der Diskussion um eine Bezahlkarte für Geflüchtete und dem Ausspielen von Menschen mit niedrigen Einkommen, Geflüchteten und

Bürgergeldbezieher:innen, übernehmen sowohl die Parteien der Ampel als auch die CDU die Positionen der AfD und rücken damit das gesellschaftliche Klima insgesamt nach rechts. Die Linke ist die einzige Partei, die diesem Rechtsruck widerspricht und politisch konsequent dafür einsteht, dass Menschenrechte unteilbar sind.

In Baden-Württemberg wird dieser Rechtsruck der sogenannten Mitte besonders deutlich: Seit Jahren rangiert das grün-geführte Baden-Württemberg auf Platz 3 der Länder mit den meisten Abschiebungen. 2099 Menschen wurden 2023 aus Baden-Württemberg abgeschoben. Damit ist die Zahl laut Flüchtlingsrat im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Die Landesregierung bzw. deren Vertreter:innen bedienen auch mit dem Vorstoß, Gendersprache zu verbieten oder mit der Forderung nach der Kürzungen vom Bürgergeld, rechte Diskursstrategie. Rechte Positionen erstarben, wenn soziale Sicherheiten abgebaut werden und Mitbestimmung in der Arbeitswelt fehlt. Mehr Demokratie und soziale Sicherheit muss daher die Antwort auf den Rechtsruck sein: Von der Kommune bis in die Betriebe.

Die Kommunen sind ein zentraler Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gelebter Demokratie vor Ort. Spardruck und Sparpolitik zerstören unsere Kommunen. Wenn die Kommunen überlastet sind und ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können, haben Rechte leichtes Spiel. Konsequente Politik gegen Rechts braucht starke und lebendige Kommunen. Deshalb setzen wir uns für eine bessere Finanzierung der Kommunen ein. Ob im EU-Parlament, im Bundestag oder in den Kommunen selbst: Wir kämpfen für mehr Geld für die öffentliche Daseinsvorsorge. Damit weder an der Bildung, am Frauenhaus, an der Geflüchtetenunterkunft oder am Freibad gespart werden muss, müssen die Kommunen endlich kostendeckend finanziert werden. Geld ist genug da, es ist nur falsch verteilt. Daher fordert Die Linke ein Sofortprogramm gegen den Aufstieg der AfD, das den wachsenden Zukunftsängste und Sorgen vor dem sozialen Abstieg den Nährboden entzieht: <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/sofortprogramm-gegen-afd-aufstieg/>

Demos gegen Rechts:

überall in Deutschland gehen seit Wochen Menschen gegen die AfD, gegen Rassismus und gegen Diskriminierung auf die Straße. Überall mit dabei: die Linke. Hier im Bild eine der Heilbronner Großdemos, mit 15.000 Teilnehmer:innen



Rechtsruck in Deutschland – Demokratie in Gefahr?

Von Gökyay Akbulut (MdB)



Derzeit ist bei Wahlen und Wahlumfragen ein beängstigender Höhenflug der AfD zu beobachten, die es als rechtsextreme Partei geschafft hat, sich in den Parlamenten zu etablieren. Zugleich hat die extreme Rechte außerhalb der Parlamente – weitgehend unbehelligt von Sicherheitsbehörden und ignoriert von den Regierungen – sich über die Jahre vernetzen und Strukturen bilden können. Sie nutzt auf vielfältige Weise die Möglichkeiten der sozialen Medien und Plattformen. In nicht wenigen Landesteilen stützen sich die Rechtsextremen inzwischen auf einen großen gesellschaftlichen Rückhalt und treten immer selbstbewusster auf. Jüngstes Beispiel ist das von Correctiv aufgedeckte Treffen in Potsdam, das verdeutlicht, wie die Rechtsextremen ganz ohne jede Hemmung Deportationspläne diskutieren.

Opfer der extremen Rechten sind vor allem Personen, die nicht in das völkische Weltbild der Neofaschisten passen. Tagtäglich werden Menschen von Rechtsextremisten beleidigt, bedroht oder angegriffen. Mindestens 219 Todesopfer rechter Gewalt gibt es seit der Wiedervereinigung. Die pogromartige Belagerung von Flüchtlingsunterkünften 1991 in Hoyerswerda und 1992 in Rostock, die tödlichen Brandanschläge 1992 in Mölln und 1993 in Solingen, rechtsextreme Terroranschläge und zahllose brutale Überfälle auf Migrantinnen und Migranten – sie zeigen, dass der Rechtsextremismus auf eine lange Kontinuität zurückblicken kann.

Die Enttarnung der Terror-Vereinigung NSU, die Ermordung von Walter Lübcke sowie die Anschläge von Hanau und Halle haben zwar Politik und Polizei die akute Bedrohungslage vor Augen geführt; weiterhin dominiert nach rechtsextremen Taten aber der Mythos vom Einzeltäter. Es sind in erster Linie zivilgesellschaftliche Initiativen sowie Journalistinnen und Journalisten, die versuchen, rechte Netzwerke aufzudecken. Sie bringen zugleich Licht in die teils katastrophale Polizeiarbeit bei der Ermittlung von rechtsextremen Verbrechen. Viel zu selten werden Opfer und Überlebende rechter Anschläge gehört, viel zu wenig wird der Opferperspektive Raum gegeben.

Die Bundesregierung hat 2022 zwar einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorgelegt, der dieses Jahr durch ein Maßnahmenpaket ergänzt wurde. Die bisherige Bilanz ist aber sehr mager: Von der angekündigten Zerschlagung rechtsextremer Netzwerke etwa ist noch nicht viel zu sehen. Die versprochene Verschärfung des Waffenrechts wird von der FDP blockiert und hunderte Rechtsextreme laufen weiterhin mit offenen Haftbefehlen frei herum. Erkenntnisse über Finanzierungsquellen der Rechten sind dürftig, weshalb Bundesinnenministerin Nancy Faeser endlich angekündigt hat, Nachforschungen zu

Finanzströmen zu veranlassen.

Klar ist aber auch: Der gesellschaftliche Rechtsextremismus lässt sich nicht allein durch repressive Maßnahmen bekämpfen, auch wenn diese notwendig sind. Hier braucht es einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, bei der insbesondere dem Bildungsbereich eine wichtige Rolle zukommt. Politische Bildungsangebote, zur Förderung kritischen Denkvermögens und zur Stärkung der Medienkompetenz etwa, müssen ausgebaut werden. Eine lebendige Demokratie braucht mündige und kompetente Bürgerinnen und Bürger, die ihr eigenes, kritisches Urteil bilden können. Eine wehrhafte Zivilgesellschaft, die sich für demokratisches Engagement und gegen menschenfeindliche Denkansätze einsetzt, ist der beste Schutz für die Demokratie.

Deshalb ist es ein starkes Signal, dass aktuell Tausende Menschen angesichts der Gefahr von rechts auf die Straßen gehen. Allgemeine Bekenntnisse für die Demokratie allein reichen aber nicht aus. Der Protest muss einhergehen mit einem Einsatz für Weltoffenheit und einem deutlichen Widerspruch gegen jede Spielart des Rassismus. In der Zivilgesellschaft müssen vor allem jene Projekte und Initiativen vor Ort unterstützt werden, die sich für ein solidarisches Miteinander, gegen rassistische Ausgrenzung und für eine kritische Debattenkultur einsetzen.

Das Demokratiefördergesetz kann hierbei ein wichtiger Baustein sein. Dieses wurde im Februar 2023 in erster Lesung im Bundestag debattiert, wird aktuell aber auch von der FDP blockiert. Im Kern geht es bei diesem Gesetz darum, dass der Bund die angemessene Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt, zur politischen Bildung und zur Prävention von Extremismus und Menschenfeindlichkeit sicherstellt, und zwar in Form einer dauerhaften Förderung, nicht mehr nur mit projektgebundenen Mitteln. Dies soll zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen Planungssicherheit geben. Das Gesetz wäre daher ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn es nach wie vor einen höheren Förderansatz insgesamt braucht.

Die derzeit zu beobachtende massive Rechtsentwicklung ist nicht vom Himmel gefallen: Der Sozialabbau der Bundesregierungen seit 20 Jahren, einschließlich der Ampel, haben die soziale Schere in Deutschland weiter verschärft. Gleichzeitig überschlagen sich die Regierungsparteien in Vorschlägen zur Begrenzung der Zahl von Geflüchteten – das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten. Neben allen gesetzgeberischen Maßnahmen braucht es endlich einer Politik der sozialen Gerechtigkeit, konsequenter Maßnahmen gegen rechte Strukturen und einer klaren Kante gegen jeden Rassismus!

Überall gegen Rechts:

Nicht nur in Großstädten auch im ländlichem Gebiet wird demonstriert. Demo gegen Rechts in Weinsberg: 500 Menschen demonstrieren für Vielfalt und Demokratie. Mittendrin die frisch gewählte Linke Liste in Weinsberg.



Kommunalwahlen in der Türkei

Von Rudolf Bürgel

Am 31. März fanden in der Türkei die Kommunalwahlen statt, zu der unsere Schwesterpartei DEM (vormals HDP) kandidiert. Die HDP stellte in gut 100 Städten die Bürgermeister:innen und die Provinzregierungen in Diyarbakir und Van. Fast alle wurden vom Erdogan-Regime abgesetzt und durch Zwangsverwalter ersetzt. Viele Bürgermeister:innen und Abgeordnete sitzen im Gefängnis oder mussten fliehen. Einige von ihnen kandidieren jetzt erneut. Bspw. Gültan Kisanak, ehemalige Oberbürgermeisterin von Diyarbakir, aus dem Gefängnis heraus in Ankara oder Ahmed Türk, er saß schon 1994 als Abgeordneter im Gefängnis, in Mardin. Das Erdogan-Regime versucht bisher vergeblich, die Opposition zu zerschlagen. Aber jetzt vor den Wahlen kommt es täglich zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen. Die Linke hat immer ihre Schwesterpartei bei Wahlen mit Beobachterdelegationen unterstützt. Auch dieses Mal beobachtete eine Delegation mit Mitgliedern auch aus unserem Landesverband die Wahlen. Dabei waren Gökay Akbulut und Sabine Skubsch.

Deutschland und die EU friedensfähig machen!

Aufruf des Parteivorstands der Linken zur Teilnahme an den diesjährigen Ostermärschen

Nicht nur der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat unsere Welt in den letzten zwei Jahren unsicherer gemacht – wir erleben einen mit allen Mitteln geführten Kampf um geostrategische Einflussphären, Rohstoffe, Handelswege und Märkte.

In der Ukraine sind inzwischen Hunderttausende Tote und schwer Verletzte, Millionen traumatisierte und vertriebene Menschen zu beklagen, nicht nur an den Fronten, sondern auch unter der Zivilbevölkerung. Als demokratische Sozialist:innen stehen wir an der Seite der Menschen, die unter diesem Krieg leiden müssen und an der Seite derer, die sich Krieg und der Kriegsvorbereitung verweigern und widersetzen. Wir fordern, dass endlich über einen Waffenstillstand und einen Abzug der russischen Truppen gesprochen werden muss. Kriegsgegner:innen und Kriegsdienstverweigerer müssen mit humanitären Visa in Deutschland Aufnahme finden.

Weltweit hat das Wettrüsten im letzten Jahr nach einem Bericht von SIPRI einen erneuten Höchststand erreicht. Allein die europäischen Staaten haben von 2019 bis 2023 fast doppelt so viele Waffen gekauft wie in den fünf Jahren davor. Insbesondere die USA, Frankreich und Italien steigerten ihre Exporte erheblich, vor allem vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine. SPD-Verteidigungsminister Pistorius fordert, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen und will die Wehrpflicht wieder einführen. FDP-Finanzminister Lindner meint, um die Rüstungsausgaben zu bezahlen, müsse man die Sozialausgaben einfrieren. Angesichts steigender Preise für Grundnahrungsmittel und Energie bedeutet das, den Armen die Butter vom Brot zu nehmen, um Kanonen zu kaufen.

Spitzenpolitiker:innen von CDU, Grünen und FDP konzentrieren sich darauf, immer mehr und immer schlag-

kräftigere Waffensysteme für die Ukraine und eine weitere massive Erhöhung der Rüstungsausgaben zu fordern, anstatt diplomatische Initiativen für ein Ende des Krieges und anzustoßen. Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl lässt sich sogar damit zitieren, dass sie „europäische“ Atomwaffen nicht mehr ausschließt. Immer mehr Rüstung schafft aber nicht mehr Sicherheit.

Der brutale Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten auf Israel vom 7. Oktober hat erneut gezeigt, dass auch maximale Aufrüstung keine Garantie für ein sicheres Leben ist. Noch immer befinden sich über 100 Geiseln in der Gewalt der Hamas, deren sofortige Freilassung wir fordern. Der seither geführte Krieg im Gazastreifen ist mit 30.000 Toten und zwei Millionen vom Hungertod bedrohten Zivilist:innen eine menschliche Tragödie, die durch einen sofortigen Waffenstillstand und umfassende Hilfslieferungen beendet werden muss.

Gemeinsam mit der israelischen Linken stellen wir fest: langfristig kann es für Israel und seine Bewohner:innen nur dann Sicherheit geben, wenn auch die Palästinenser:innen in der Westbank und im Gazastreifen ihr Selbstbestimmungsrecht in einem eigenen Staat verwirklichen können. Wir sagen: Deutschland und die EU müssen nicht kriegstüchtig, sondern friedensfähig werden! Dazu gehört der Ausbau von Diplomatie und ziviler Konfliktbearbeitung, die Stärkung internationaler Organisationen und das Ende von Rüstungsexporten mindestens in Kriegsgebiete. Wir fordern, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beiträgt. Dazu ist ebenfalls der entschiedene Kampf gegen Ursachen und Folgen der Klimakrise sowie die internationale Solidarität mit den Ländern des globalen Südens notwendig. Deswegen unterstützt Die Linke die Ostermärsche der Friedensbewegung und ruft ihre Mitglieder auf, aktiv und sichtbar daran teilzunehmen.

Hauptsächlich die Waffenhersteller. Die Rheinmetall-Aktie ist im Rekordhoch und der neue Börsenliebling. Der Reingewinn hat sich dadurch verdoppelt. Rheinmetall spielt es sich als der Partner der Ukraine auf. Dabei hat es noch vor ein paar Jahren mutmaßlich 5 Millionen Euro Schmiergelder bezahlt, um einen Deal für Trainingslager für die russische Armee von 130 Millionen Euro abzuschließen. Nach der Besetzung der Krim wurde das Geschäft dann von der Bundesregierung ausgesetzt. Das Trainingslager gibt es jetzt aber trotzdem. Im Herbst 2021 führte die russische Armee dort umfangreiche Manöverübungen durch – nur wenige Monate vor dem brutalen Überfall auf die Ukraine.

Es gewinnen die Waffenhersteller

Am 24.2. fand in Stuttgart eine Demonstration gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine statt. Für uns redete die Stuttgarter Stadträtin Johanna Tiarks. Wir haben ihre Rede in Auszügen dokumentiert.

Liebe Freund:innen und liebe Genoss:innen, heute stehen wir gemeinsam hier, um gegen den Krieg in der Ukraine – und für eine Verhandlungslösung zu demonstrieren. Seit 2 Jahren sterben Menschen auf ukrainische und russischer Seite. Der Krieg in der Ukraine hat seit Beginn der russischen Invasion einen verheerenden Schaden angerichtet. Wohnraum, Schulen und Krankenhäuser sind zerstört.

Mindestens 10.191 zivile ukrainische Todesopfer hat der Krieg gefordert! 14,6 Millionen Menschen in der Ukraine sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. In den Regionen Donetsk und Kharkiv „leben“ oder besser hausen Familien in beschädigten Häusern. Inzwischen sind etwa 6,3 Millionen Menschen aus dem Land geflüchtet. Mindestens 20.000 Menschen in Russland wurden wegen Protesten gegen den Angriffskrieg inhaftiert. Und wer gewinnt?

Hauptsächlich die Waffenhersteller.

Die Rheinmetall-Aktie ist im Rekordhoch und der neue Börsenliebling. Der Reingewinn hat sich dadurch verdoppelt. Rheinmetall spielt es sich als der Partner der Ukraine auf. Dabei hat es noch vor ein paar Jahren mutmaßlich 5 Millionen Euro Schmiergelder bezahlt, um einen Deal für Trainingslager für die russische Armee von 130 Millionen Euro abzuschließen. Nach der Besetzung der Krim wurde das Geschäft dann von der Bundesregierung ausgesetzt. Das Trainingslager gibt es jetzt aber trotzdem. Im Herbst 2021 führte die russische Armee dort umfangreiche Manöverübungen durch – nur wenige Monate vor dem brutalen Überfall auf die Ukraine.

Mit immer weiteren Waffenlieferungen befinden wir uns in einer immer weiteren Eskalationsgefahr. Dabei gibt es eigentlich in fast jeder Kriegssituation noch andere Mittel, als Waffenlieferungen, um Konflikte zu beenden. Hat irgendjemand außer uns, in den letzten Jahren ernsthaft über Diplomatie geredet? Die wenigen, die es versucht haben, wurden umgehend als Putin-Versteher dif-

famiert. Das Zweite sind natürlich Sanktionen. Und zwar Sanktionen die so wehtun, dass Bewegung in die Verhandlungsverweigerung kommt. Eine Möglichkeit wäre der Vorschlag von Thomas Piketty, dem französischen

Ökonomen. Er hat gesagt: „Wir müssen alle diejenigen russischen Multimillionäre treffen, die über 10 Millionen Dollar besitzen. Denn die sind das Herz der russischen Wirtschaft.“

Europäische Linke zieht mit Walter Baier (KPÖ) in den Europawahlkampf

Auf Ihrer Generalversammlung in Ljubljana wählte die Partei der Europäischen Linken der Europäischen Linken Walter Baier (KPÖ) zum Europäischen Spitzenkandidaten und verabschiedete ein Wahlmanifest als Rahmen für den Wahlkampf verschiedener linker europäischer Parteien. Die Kommunistische Partei Österreich hatte in der letzten Zeit als eine der wenigen europäischen Parteien spektakuläre Erfolge mit ihrer konkreten Sozialpolitik erzielt. Zum Beispiel bei den regionalen Wahlen in Graz und Salzburg. Diesen Schwung will Walter Baier auch in den Europawahlkampf tragen.

Das Wahlmanifest, zu dem die EL- Mitgliedsparteien in den letzten Monaten beigetragen und es verbessert haben, definiert und adressiert fünf Prioritäten für die nächste Kampagne: 1. steigende Lebenshaltungskosten und Wohnen, 2. Bekämpfung der Klimakrise, 3. Bürgerrechte und Vielfalt, 3. Frieden und Demokratie sowie 4. öffentliche Dienstleistungen und 5. soziale Rechte.

Walter Baier erklärte: „Wir müssen die europäische Politik zurückerobern, dies ist unser Moment, um eine Europäische Union im Dienste der Menschen zu schaffen“. Baier hob hervor, dass das Recht auf erschwinglichen und angemessenen Wohnraum im europäischen Primärrecht verankert werden soll, dass eine europäische Richtlinie zur Einführung einer gesetzlichen Mietobergrenze verabschiedet werden soll, dass 7 % des europäischen BIP für Bildung, Forschung und Innovation und 2 % für Kultur reserviert werden sollen und dass Femizid in der europäischen Gesetzgebung als ernsthaftes Problem anerkannt werden soll.

Baier drängte darauf, dass der Kampf gegen den Klimawandel von sozialen Verbesserungen begleitet werden muss und unterstützte den Europäischen Gewerk-



Walter Baier zu Gast auf unseren Parteitag in Augsburg

schaftsbund in dessen Forderungen für einen „gerechten Übergang“ (just transition). „Wenn man eine ökologische Wende will, muss man die neoliberale Politik eindämmen“, argumentierte er.

Einladung zum Europakonvent #nurmitlinks

am 26. Mai 2024 in Berlin von 14.00 bis 17.30 Uhr

bUm – Raum für solidarisches Miteinander, Paul-Lincke-Ufer 21, 10999 Berlin
Zwei Wochen vor der Europawahl wollen wir geschlossen in die finale Wahlkampfphase gehen und der Öffentlichkeit unsere ersten zentralen Vorhaben präsentieren, die wir im Europaparlament angehen werden. Unsere Vision von Europa ist klar: Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Wir wollen, dass die Energie- und Lebensmittelpreise gedeckelt werden, dass die Krankenhäuser funktionieren und die Pflegerinnen mehr Zeit für die Patientinnen haben. Wir wollen, dass die Bahn fährt, wann sie fahren soll und sich alle das Ticket leisten können. Wir streiten dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt.

Mit dabei sind unsere Spitzenkandidat*innen zur Europawahl Martin Schirdewan und Carola Rackete, außerdem Janine Wissler, Heidi Reichinnek, Sören Pellmann, Bodo Ramelow, Gregor Gysi, Özlem Demirel, Gerhard Trabert, Ines Schwerdtner, Martin Günther und viele weitere Gäste.

Wir freuen uns auf Gastbeiträge von Didier Eribon (Soziologe und Autor von „Eine Arbeiterin“), Christiane Benner (Vorsitzende der Gewerkschaft IG Metall), Tareq Alaows (Flüchtlingspolitischer Sprecher von Pro Asyl) und weiteren.

Ablauf:

Top 1 Eröffnung, Top 2 Rede der Spitzenkandidat*innen, Top 3 Keynote Speech von Didier Eribon, Top 4 Generaldebatte, Top 5 Verabschiedung
Bitte meldet euch bis zum 30. April unter folgendem Link zurück: <https://www.die-linke.de/partei/fuer-mitglieder/konvent-zur-europawahl-2024/>.

Wir freuen uns auf euch!

Mit solidarischen Grüßen,

Katina Schubert und Ates Gürpinar

Bundesgeschäftsführung und Wahlkampfleitung der Partei Die Linke

**Preise runter,
Profite deckeln!**

Gerechtigkeit geht #nurmitlinks



nurmitlinks.de

Die Linke

Auf unserem neuen Portal zur Europawahl: <https://www.die-linke.de/europawahl/>, findet ihr alle Informationen zur Europawahl und auch alle unsere Plakatmotive

Özlem Alev Demirel
Gerhard Trabert
Martin Schirdewan
Carola Rackete
(v. l. n. r.)



Unser Spitzenteam für Europa

Am
9. Juni
**Die Linke
wählen**

Am 9. Juni ist Europawahl. Die Linke tritt an, um die Europäische Union sozial gerecht zu machen. Die Regierung und die Rechten werben für mehr Aufrüstung, stärkere Armeen und höhere Zäune um Europa. Die Sorgen der Menschen kommen wenig vor: Der Alltag funktioniert nicht mehr. Die Kosten für die Energiewende werden denen aufgebürdet, die schon genug Sorgen haben.

Unsere Vision für Europa sieht anders aus: Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht an den Börsen Europas gehandelt werden. Für Nahverkehr, der funktioniert und für die Fahrgäste kostenfrei ist. Für eine Bahn, die Europa verbindet. Dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugutekommt. Wir streiten für gerechten Klimaschutz und Frieden.

Das ist machbar. Wenn wir zusammen stark sind. Stärker als die Rechten, die ärmere oder geflüchtete Menschen zu Sündenböcken machen. Stärker als die Lobbys, die Interessen von Konzernen und Aufrüstung nach vorn stellen wollen. Dafür bitten wir um Ihre Stimme.

Wir bleiben in Kontakt

Instagram: @dielinke

TikTok: @die.linke

X: @dieLinke

YouTube: @dielinke

Facebook: linkspartei

Bürger*innentelefon

030 24 00 99 99

kontakt@die-linke.de

www.die-linke.de

Partei Die Linke

Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

V.i.S.d.P. Katina Schubert / Ates Gürpınar

**Gerechtigkeit
geht nur mit
Links.** Europa
braucht eine
starke Linke!



nurmitlinks.de

Die Linke